

Amigos de Esquerda de Língua Alemã em Lagos

Voz esquerda

Nachrichten – Linke Deutschsprachige Freunde Lagos

MARTIN LEO

© 2024 Jahrgang 1 Nummer 1
UHUDLA 118 @-5 PDF-Version
Jahrgang 32 www.uhudla.at

Auseinandersetzung um die portugiesische Agrarreform

1976 bis 1985 1. Teil

50 Jahre 25. April 1974

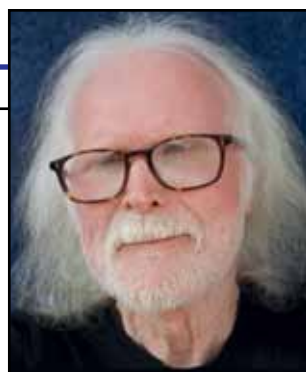


Wenn Dir Journalismus im Netz wichtig ist, unterstütze die UHUDLA Genossenschaft

Alle Artikel und Dokumente der „UHUDLA Netzwerk Genossenschaft UNG – Lutz Holzinger“ www.uhudla.at sind gratis verfügbar. Auch dieses E-Book kann kostenlos gelesen und heruntergeladen werden.

Der Autor Martin Leo, die UHUDLA EDITION und die Linken Deutschsprachigen Freunde Lagos LDFL stellen das wissenschaftliche historische Werk für Interessierte frei zur Verfügung. Diese Arbeit in Form eines elektronischen Buches kannst Du mit einer finanziellen Unterstützung Deiner Wahl solidarisch honorieren.

Konto: VOLKSBANK Wien
Kontoinhaber: UHUDLA EDITION
IBAN: AT32 4300 0423 4299 9002
BIC/SWIFT-Code: VBOEATWW



Am Wort – UHUDLA-HERAUSGEBER MARTIN WACHTER

Eine Auseinandersetzung um die portugiesische Agrarreform **zwei Zeitungen - ein Buch**

Das ist die erste Ausgabe von **VOZ ESQUERDA** - aus dem Portugiesischen übersetzt: **LINKSSTIMME**.

Der Inhalt dieser neuen Zeitung aus der UHUDLA Werkstatt ist dem 1. Teil eines Buches von **Martin Leo** (ein Mitgründer von „Linke Deutschsprachige Freunde Lagos LDFL“) über die portugiesische Agrarreform von 1976 bis 1985 gewidmet. Der Auseinandersetzung um die Portugiesische Agrarreform folgt demnächst eine zweite Zeitschrift, die den Titel „Linksstimme“ trägt.

Beide Publikationen zusammen ergeben ein e-book von circa 100 Seiten. Das Buch der Diplomarbeit von Martin Leo erscheint zum 50jährigen Jubiläum der Nelkenrevolution am 25. April 1975 in der UHUDLA DIGITAL-EDITION.

*Viel Spass beim Lesen, und wissenschaftlich-historische Erkenntnisse
wünscht das UHUDLA Team!*

www.uhudla.at oder uhudla.edition@gmail.com

*„Im Inventarverzeichnis der Kriege
hat auch das Latifundium seinen Platz,
wenn auch einen kleinen.“*



José Saramago, aus: Hoffnung im Alentejo Roman. Berlin / DDR 1985, S.114

Die Auseinandersetzung um die portugiesische Agrarreform 1976 bis 1985

Zur Restaurierung vorrevolutionärer
Macht- und Eigentumsverhältnisse am
Beispiel der Kooperativen der Agrarreformzone“

Von Martin Leo

© 2024 UHUDLA WEBEDITION

Alle Rechte vorbehalten dem Autor Martin Leo und der UHUDLA EDITION!

Der Autor und der Verlag sind an einer Verbreitung im Sinne der „Weltverbesserung“ interessiert.

Es wäre angebracht und wünschenswert, bei einer kostenlosen Wiederverwertung des geistigen Eigentums, auch Urheberrecht genannt, mit dem Autor Martin LEO und dem Verlag der UHUDLA EDITION in Verbindung zu treten.

MartinLeo@gmx.de – www.uhudla.at, e-mail: uhudla.edition@gmail.com



Voz★esquerda Teil I

Editorial	Seite 7
1. Vorwort und Einleitung von Martin Leo	Seite 9
2. Die Landwirtschaft in Portugal und im Alentejo / Ribatejo vor 1976	
2.1 Vorbemerkung zu einigen Grundzügen von Agrarreformen	Seite 13
2.2 Die Bedeutung der portugiesischen Landwirtschaft vor 1974	Seite 15
2.3 Die Besitzverhältnisse in der portugiesischen Landwirtschaft vor der Revolution	Seite 17
2.4 Die Rolle der Latifundien in der Region Alentejo/Ribatejo	Seite 19
2.5 Die Agrarreformgesetze von 1975	Seite 22
3. Die Ausgangslage der Auseinandersetzungen um die Agrarreform 1976	
3.1 Das politische Kräfteverhältnis nach dem 25. November 1975	Seite 25
3.2 Die neuen Produktionseinheiten in der Latifundienzone	Seite 26
3.3 Die Landarbeiter und die „freiwillige Kollektivierung“	Seite 30
4. Agrarreform unter Lopes Cardoso: Konsenssuche, Konflikte und Konsolidierung	
4.1 Die Agrarreform und die Kleinbauern	Seite 33
4.2 Die Parteienplattform 1976	Seite 35
4.3 Konkurrenz und Gegenmodell: Cardosos „freie Kooperativen“	Seite 40
4.4 Die Agrarreform und die portugiesische Verfassung	Seite 43
LDFL – Linkes Engagement gesucht	Seite 46

Links★stimme Teil II

5. Die Agrarreform und die politischen Parteien	
5.1 Die Sozialistische Partei (PS)	Seite 13
5.2 Die Sozialdemokratische Partei / Volksdemokraten (PPD/ PSD)	Seite 14
5.3 Das Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS)	Seite 15
5.4 Die Kommunistische Partei (PCP)	Seite 16
6. António Barreto und die Phase der legislativen Gegenrevolution	
6.1 Der Beginn der Auseinandersetzungen auf ökonomischem Gebiet: Kreditpolitik, Reservenvergabe und Korkgesetz	Seite 19
6.2 Das „Lei-Barreto“ und die Wandlung der politischen Philosophie	Seite 22
6.3 Die Perspektiven der Agrarreform unter dem „Lei-Barreto“	Seite 26
6.4 Das Entschädigungsgesetz vom August 1977	Seite 27

7. Landrückgabepolitik und ökonomische „Strangulierung“ 1978 bis 1985	
7.1 Die Reprivatisierungswellen bis zum Antritt der Regierung Sá Carneiro	Seite 29
7.2 Die radikale Dezimierung des Agrarreformsektors unter Sá Carneiro und der Übergang zu „gemäßigter“ Reprivatisierung	Seite 31
7.3 Die Agrarreform in der Verfassung von 1982	Seite 33
7.4 Agrarreformpolitik des „Bloco central“ Von der Fortsetzung bis zum Stopp der Landrückgaben	Seite 34
8. Die gegenrevolutionäre Offensive und ihre Auswirkungen auf die Agrarreform	
6.1 Der Beginn der Auseinandersetzungen auf ökonomischem Gebiet: Kreditpolitik, Reservenvergabe und Korkgesetz	Seite 37
8.2 Die erzwungene Abkehr von der Politik der Beschäftigungsmaximierung. Der Umschwung in eine defizitäre Phase	Seite 40
8.3 Die Ergebnisse der Reprivatisierung: Ein Vergleich mit Zielsetzungen des „Lei-Barreto“	Seite 42
9. Versuch einer Bewertung und Schlussfolgerungen	Seite 45
Abkürzungsverzeichnis & Bildnachweis	Seite 46

Eine Zeitung

und noch eine Zeitung ist



ist ein Buch



50 Jahre portugiesische Aprilrevolution

Die UHUDLA EDITION und Linke Deutschsprachige Freunde Lagos LDFL veröffentlichen eine „Jubiläumsartikel“-Serie und diese wissenschaftliche, historische Ausarbeitung von 1988 über „Die Auseinandersetzungen um die portugiesische Agrarreform 1976 bis 1985. Zur Restaurierung vorrevolutionärer Macht- und Eigentumsverhältnisse am Beispiel der Kooperativen der Agrarreformzone“.

Martin Leo, der Autor dieser Arbeit über die Agrarreform in der Epoche des revolutionären Portugal, bot den „Linken Deutschsprachigen Freunden Lagos“ (LDFL) und der UHUDLA EDITION an, sie in mehreren Teilen in zwei Zeitschriften und als e-book zu veröffentlichen. Der Verfasser hatte dabei den im Jahr 2024 anstehenden 50. Jahrestag der portugiesischen Nelken-Revolution vom 25. April 1974 im Auge.

Das Agrarreformprojekt war einst ein Eckpfeiler des revolutionären Entwurfs für die portugiesische Nation im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts. Es bietet ein halbes Jahrhundert später interessanten Stoff, der hilft, die portugiesische Vergangenheit und die Gegenwart zu verstehen.

Die hier vorliegende schon 1988 als politikwissenschaftliche Diplomarbeit verfasste Übersicht ist nicht aktualisiert worden.

Sie ist daher selbst bereits „historisch“. Gleichzeitig ist diese zeitgeschichtliche Dokumentation im deutschsprachigen Raum aktuell noch immer die einzige umfassende wissenschaftliche Übersicht über das Entstehen und das Vergehen dieser „Errungenschaft der Revolution des 25. April 1974“.

Die Herstellung des folgenden umfangreicheren Arbeit hat viel Mühe, viel Zeit und auch technischen Aufwand gekostet. Der Autor **Martin Leo** und der Verleger **Martin Wachter** würden sich sehr freuen, wenn die Früchte ihrer Tätigkeit solidarisch und finanziell belohnt würden.

Grundsätzlich steht diese xxx Seiten starke Publikation allen Leserinnen und Lesern zur freien Verfügung. Das Buch **Auseinandersetzung um die portugiesische Agrarreform 1976 bis 1985** kann, wenn gewünscht, als E-Book bestellt werden. Es wird bei Absprache mit dem Verlag elektronisch zum Preis von 15 Euro als PDF-Datei nach Vorkasse und technischer Vereinbarung per E-mail zugestellt.

Es versteht sich von selbst, dass der Verkaufserlös nicht persönlich verwendet wird. Alle Einnahmen über den Buchverkauf kommen portugiesischen Sozialprojekten zu Gute. Die Nelkenrevolution am 25. April 1974 ist ja auch nicht aus heiterem Himmel gefallen. Die Errungenschaften der April Revolte wurden hart erlämpft – Vom Volk und den fortschrittlichen Teilen der portugiesischen Gesellschaft und den WiderstandskämpferInnen im Befreiungskampf gegen die portugiesische Herrschaft in den Ländern der Kolonien in Afrika und Asien.

uhudla.edition@gmail.com

© **Martin Leo**, der Autor lebt heute als Rentner in Lagos/Portugal. Er will dazu beitragen, das demokratische Erbe seiner Wahlheimat zu verteidigen. Er ist aktives Gründungsmitglied bei LDFL.

Bei Nennung der Quelle: **Martin Leo** & www.UHUDLA.at darf urheberrechtlich auf die Arbeit Bezug genommen werden.

Grândola, Vila Morena

Grândola, Vila Morena
Terra da fraternidade
O povo é quem mais ordena
Dentro de ti, ó cidade

Dentro de ti, ó cidade
O povo é quem mais ordena
Terra da fraternidade
Grândola, Vila Morena

Em cada esquina um amigo
Em cada rosto igualdade
Grândola, Vila Morena
Terra da fraternidade

Terra da fraternidade
Grândola, Vila Morena
Em cada rosto igualdade
O povo é quem mais ordena

À sombra duma azinheira
Que já não sabia a idade
Jurei ter por companhia
Grândola a tua vontade

Grândola a tua vontade
Jurei ter por companhia
À sombra duma azinheira
Que já não sabia a idade

José Afonso

advante!

*Die Auseinandersetzung um
die portugiesische Agrarreform*

Vorwort von Martin Leo

Der portugiesische Agrarreformprozess entwickelte sich im Gefolge des militärischen Umsturzes vom 25. April 1974, der die Voraussetzungen für umfassende politische und soziale Veränderungen schuf und der Ausdruck einer tiefen Krise des alten Regimes war.

Eine Jahrzehnte überdauernde, korporativistisch geprägte faschistische Diktatur¹ hinterließ, gemessen an ökonomischen und sozialen Strukturdaten wie Prokopfeinkommen, Durchschnittslohn oder Analphabetenrate, ein finsternes Erbe.

Großunternehmer und Großgrundbesitzer galten als verantwortliche Stützen des gestürzten „Estado Novo“

Gegen den „Estado Novo“ gerichtete Maßnahmen gab es viele und sie fanden starken Widerhall in der Bevölkerung. Dort, wo die von militärischen und zivilen Kräften gebildeten Provisorischen Regierungen nicht handeln konnten, nicht handeln wollten oder Entscheidungen verzögerten, schuf oft erst eine engagierte Basisbewegung die Fakten, von denen viele im nachhinein auch staatlich und legislativ anerkannt werden mussten.

Nicht dafür allein jedoch gilt die Agrarreform, wie sie sich im wesentlichen 1975 - nach einem gescheiterten Rechtsputsch und politischer Radikalisierung - herausbildete, als Beispiel, sondern auch für die Schärfe, mit der sie die Frage nach der Rechtmäßigkeit der bis dahin gültigen sozialen Ordnung in einem Teil des ländlichen Portugals stellte:

Dadurch nämlich, dass die Protagonisten der Agrarreform durch Enteignungen und Nationalisierungen, durch Änderung der bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse einer neuen Produktionsweise zum Durchbruch verhelfen wollten, gliederten sie die Reform ein in ein alternatives gesellschaftliches Gesamtprojekt, in den Aufbau einer nach ihrem Verständnis ausbeutungsfreien, sozialistischen und demokratischen Gesellschaft.

Zusammen mit der Nationalisierung der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen sollte die Agrarreform die Grundlage zur Bewältigung der drückendsten Probleme des Landes und für einen einzuschlagenden nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg bilden.



Ihre Intentionen sprengten daher den Rahmen einer auf antifaschistische und bürgerlich-demokratische Inhalte begrenzten Umwälzung und verbanden sich in Bezug auf die Umgestaltung ökonomischer Machtverhältnisse mit einer weitergehenden Perspektive. Diese Tatsache, aber insbesondere auch der Elan und Enthusiasmus, den die unmittelbaren Nutznießer der Agrarreform bei der Besetzung latifundistischen Eigentums und der Einlösung ihres Anspruchs auf soziale Gerechtigkeit an den Tag legten, weckten die Aufmerksamkeit einer sympathisierenden linken Öffentlichkeit auch im Ausland und machten die Agrarreform zu einem geradezu spektakulären Ereignis mit weit über Portugals Grenzen hinausgehender Bedeutung.

Mit der 1976 unter anderen, nämlich kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Vorzeichen einsetzenden Stabilisierung der politischen Verhältnisse und der Marginalisierung der mit dem Agrarreformprozeß am engsten verbundenen politischen und sozialen Kräfte geriet das hinter der Agrarreform stehende Projekt jedoch zunehmend in Widerspruch zu den Zielvorgaben, die veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nun hervorgebracht hatten. Der daraus entstandene Konflikt war der Konflikt zwischen zwei verschiedenen Gesellschaftsentwürfen: einem revolutionären, antikapitalistischen, auf eine neue Gesellschaftsordnung gerichteten Projekt und einem gegenrevolutionären, das auf eine Stärkung kapitalistischer Produktionsverhältnisse gerichtet war.

Im Unterschied zur Entstehungsphase fand dieser weniger spektakuläre, aus der Sicht der betroffenen Landbevölke-



rung dafür aber um so mühsamere Entwicklungsabschnitt des Agrarreformprozesses weitaus weniger internationale Beachtung.

Ziel dieser Arbeit ist es, ausgehend von einer materialistischen Politiktheorie den Verlauf der Auseinandersetzungen, die seit 1976 zu einer Einschränkung des Agrarreformsektors auf ein Drittel seines ursprünglichen Umfangs führten, nicht nur nachzuzeichnen, sondern an diesem Beispiel aufzuzeigen, welche Spuren unterschiedliche Reformvorstellungen und gegensätzliche Gesellschaftskonzeptionen im nachrevolutionären Portugal in der Agrarreformzone hinterließen.

Es soll auch untersucht werden, ob und inwieweit die Agrarreform den in sie gesetzten Erwartungen unter den dargestellten Bedingungen gerecht werden konnte und ob sich die Ergebnisse „agrarreformfeindlicher“ Politik an ihren selbstformulierten politischen, sozialen und ökonomischen Zielen messen lassen können. Die Verwendung der Attribute „revolutionär“ und „gegenrevolutionär“ soll dabei weniger der Charakterisierung konkreten politischen Handelns dienen als der Bestimmung der jeweiligen Endpunkte eines bipolaren politischen Prozesses. Ihr Bezugspunkt ist die „portugiesische Revolution“, worunter in Übereinstimmung mit einem Teil der sozialwissenschaftlichen Literatur kein am 25. April 1974 abgeschlossenes Ereignis, sondern eine prozesshafte Entwicklung gemeint ist.²

Den zeitlichen Rahmen der Arbeit bilden die letzten Monate der VI. Provisorischen Regierung 1976 und der Antritt der konservativen Minderheitsregierung Cavaco Silva Ende 1985.

Dieses Datum markiert das Hinzutreten neuer, noch nicht vollständig erfassbarer Momente in der Auseinandersetzung um die Agrarreform: Zum einen erstarkten die von Cavaco Silva geführten konservativen Sozialdemokraten innerhalb kurzer Zeit derart, dass sie seit Juli 1987 erstmals mit absoluter Mehrheit regieren konnten. Die politischen Folgen für die Agrarreform werden frühestens nach Ablauf des Jahres 1988 - nach Inkrafttreten des neuen Agrarreformgesetzes und der neuen Verfassung - voll sichtbar werden.

Portugal wurde 1986 Mitglied der Europäischen Gemeinschaft EG

Der EG-Beitritt war ein Schritt mit bedeutenden und zum Teil noch unübersehbaren Konsequenzen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die gesamte Gesellschaft in Portugal.

Im zweiten Kapitel wird der Versuch unternommen, die Bedeutung von Agrarreformen aus einer „entwicklungs-

strategischen“ Perspektive zu klären, um die portugiesische Agrarreform in einen allgemeineren Rahmen einordnen zu können. Dem schließt sich ein kurzer Überblick über die Agrarstruktur im vorrevolutionären Portugal und in der späteren Agrarreformzone an, aus der die Protagonisten der Agrarreform nicht nur deren Notwendigkeit ableiteten, sondern auch einige ihrer zum Teil heftig umstrittenen spezifischen Merkmale.

Eine Darstellung politischer Ereignisse und legislativer Maßnahmen der Jahre 1974 und 1975 erscheint nur dort möglich und sinnvoll, wo diese selbst zum Gegenstand späterer Auseinandersetzungen wurden.

Das dritte Kapitel beschreibt den Charakter der neu entstandenen Kollektivgüter und Kooperativen. Von zentraler Bedeutung für das Thema sind die in den Kapiteln vier, fünf und sechs dargestellten Veränderungen der Agrarreformgesetzgebung, die die Auseinandersetzungen der folgenden Jahre entscheidend mitbestimmten. Gleichzeitig wird versucht, die Positionen der wichtigsten politischen Parteien zur Agrarreform darzulegen.

Der Gegenstand des siebten Kapitels ist die praktische Anwendung des Agrarreformgesetzes durch konservativ-bürgerliche und sozial-demokratische Regierungen bis 1985.

Im achten Kapitel schließlich soll ein Ansatz zur Beantwortung der Frage gefunden werden, in welcher Weise die Auseinandersetzungen um die Agrarreform auf den Reformsektor unmittelbar zurückgewirkt haben, ob ursprüngliche Zielsetzungen von „Anhängern“ der sozialistischen Agrarreform erreicht werden konnten oder ob sich Ziele ihrer „Gegner“ realisieren ließen und inwieweit man schließlich von einer Restaurierung vorrevolutionärer Eigentumsverhältnisse sprechen kann.

Die Auswertung allein der deutschsprachigen Literatur über die Agrarreform Portugals hätte keine ausreichende Grundlage für eine befriedigende Bearbeitung des Themas dargestellt, so dass eine Heranziehung der erreichbaren portugiesischen Literatur unumgänglich war.

Unter den vom „Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Forschung über Spanien und Portugal“ 1985 ermittelten 64 Personen, die sich in Publizistik und Forschung der Bundesrepublik mit Portugal beschäftigten, befanden sich nur zwölf Politologen, Soziologen und Geographen, die zum Schwerpunkt ihrer Arbeit die Provinz Alentejo oder die Agrarreform gewählt hatten.³ Agrarreforminteressierte in der Bundesrepublik Deutschland sind im wesentlichen auf die Veröffentlichungen von Borowczak, Vester und Jüngst⁴ angewiesen.

Der Zeitraum 1981 bis 1985 aber ist bisher weder in der deutschen noch in der portugiesischen Literatur systematisch erfasst worden. Es gibt nach wie vor keinen Gesamtüberblick über die bisherige Geschichte der Agrarreform in Portugal.

Für die portugiesische Agrarreform nach dem 25. April 1975 entscheidend waren die Jahre 1977 bis 1980 / 81, die auch den Schwerpunkt der meisten Veröffentlichungen bilden.

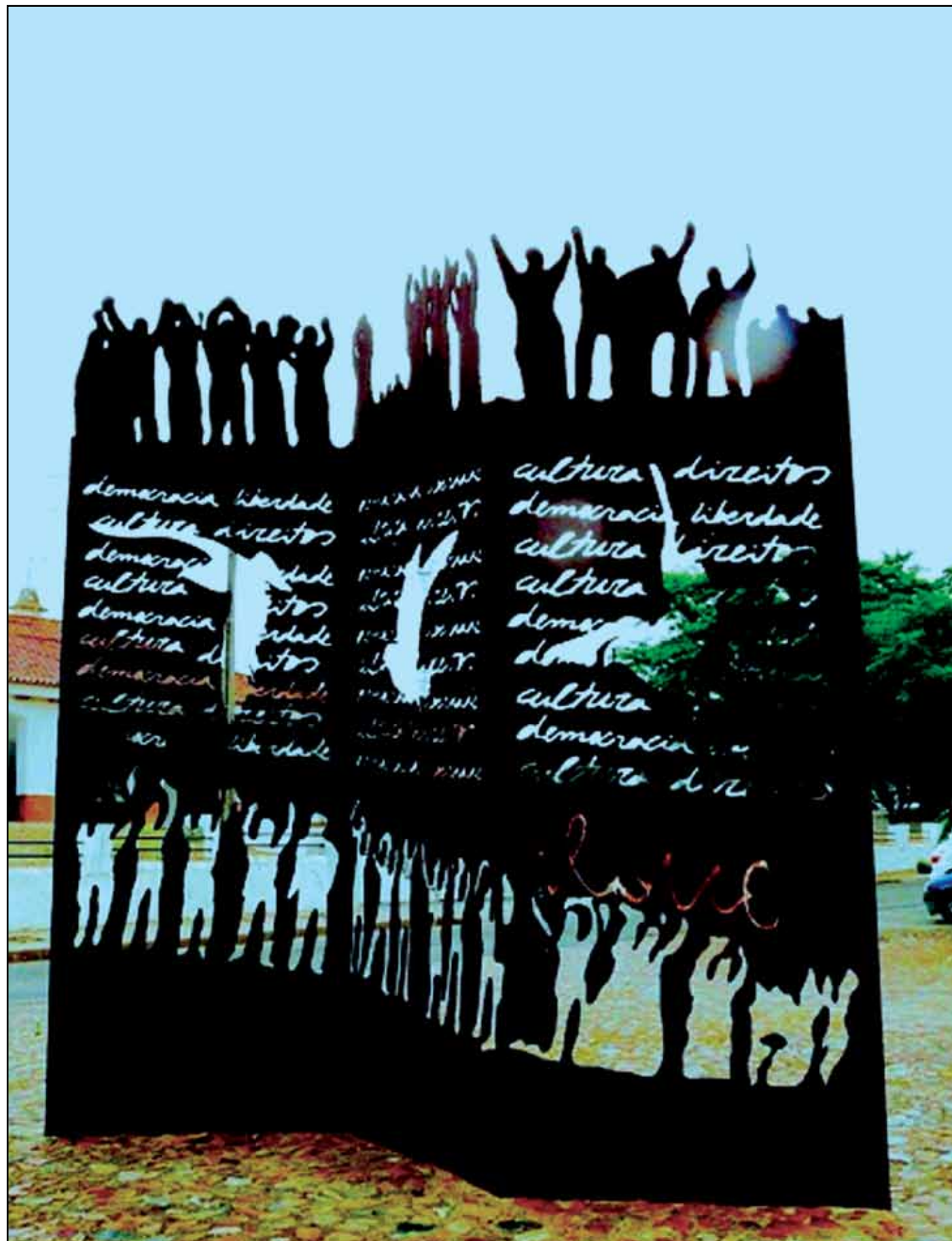


Anmerkungen:

- 1 Nach der Theorie des Korporatismus sind die Interessen von Unternehmern und Beschäftigten nicht antagonistisch, sondern sie ergänzen sich. In den staatlich organisierten Korporationen werden die Partner zusammengeschlossen und es wird für einen Interessenausgleich gesorgt, so dass sich die Betriebe entwickeln und die Wirtschaft floriert.- In Anlehnung an Marcelino Passos wird der Korporatismus hier nicht als selbständige Herrschaftsform („korporativistischer Staat“) begriffen, sondern als Bestandteil faschistischer Herrschaft. Als faschistische und nicht korporativistische Diktatur bezeichnen auch einige portugiesische Parteien (PS, PCP) und deren Repräsentanten (Soares, Cunhal u.a.) sowie Sozialwissenschaftler, „unterschiedlicher Provenienz“ das alte Regime, worauf eben-

falls Passos hinweist. Vgl Marcelino Passos, Der Niedergang des Faschismus in Portugal: Zum Verhältnis von Ökonomie, Gesellschaft und Staat / Politik in einem europäischen Schwellenland (Diss.1985 - Marburg 1987), S.69 ff.
- 2 Für E.Rosa besteht die Aprilrevolution aus einer militärischen Erhebung, der eine Volkserhebung folgte. Vgl. Eugénio Rosa, A Reforma Agrária em Perigo (Lisboa 1977), S.33.- Ähnlich argumentiert Passos, der den 25. April als antifaschistisch-demokratische Revolution, als den „Ausgangspunkt einer mächtigen, in ihrem Ausmaß unerwarteten Eruption sozialer Bewegungen“ (Passos, a.a.O., S.484) bezeichnet.

3 Vgl. Arbeitskreis sozialwissenschaftliche Forschung über Spanien und Portugal, Spanien / Portugal-Informationen Nr.2 / November 1985 (Manuskript, Frankfurt 1985)
- 4 Gemeint sind hier vor allem: Winfried Borowczak, Agrarreform als sozialer Prozeß. Studien zum Agrarreformverhalten landwirtschaftlicher Produzenten in Portugal und Kap Verde, Bd.36, Bielefelder Studien zur Entwicklungssoziologie. Hg. Hans-Dieter Evers u.a. (Saarbrücken / Fort Lauderdale 1987).- Michael Vester, Fritz von Wedel, Karl Heisel, Wolfgang Sieber (Hg.), Die vergessene Revolution. Sieben Jahre Agrarkooperativen in Portugal (Frankfurt/ M. 1982).- Peter Jüngst / Volker Jülich. Die portugiesische Agrarreform - Verlauf, regionale und ökonomisch-soziale Strukturen und Prozesse, Rahmenbedingungen, in: Jüngst, P. (Hg.), Portugal nach 1974: Regionale Strukturen und Prozesse, Bd.2, S.8-231 (Kassel 1982)



2. Die Landwirtschaft in Portugal und im Alentejo/Ribatejo

2.1 Vorbemerkung zu einigen Grundzügen von Agrarreformen

Die Landwirtschaft und die Produktion von Nahrungsmitteln geraten heute immer stärker ins Zentrum von Strategien zur Überwindung von Unterentwicklung und ländlicher Armut. Häufig steht der Agrarsektor als Beispiel für die Vernetzung vielfältiger und ungelöster sozialer, politischer, ökonomischer und ökologischer Probleme.¹

Eine große Zahl von Entwicklungsländern, aber auch von sogenannten Schwellenländern importiert einen Teil ihres Bedarfs an Nahrungsmitteln aus dem Ausland. Zusammen mit den Kosten für importierte Energie trägt das erheblich zur Verschuldung dieser Staaten bei und bindet Mittel, die der Erhöhung und Modernisierung des landwirtschaftlichen und industriellen Produktionspotentials dienen könnten. Eine rückständige, defizitäre Landwirtschaft kann auf diese Weise gesellschaftlichen Fortschritt behindern. Sie ist nicht in der Lage, vorhandenes ländliches Arbeitskräftepotential zu absorbieren.

Zudem wird der Verkauf von Nahrungsmitteln an die genannten Länder immer mehr zu einem „Element direkten politischen Drucks“² in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Eine den wirtschafts-, ernährungs- und beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten Rechnung tragende nationale landwirtschaftliche Produktion wird für viele Staaten zunehmend zur Voraussetzung der Verteidigung der Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts im Sinne einer Befriedigung der Grundbedürfnisse („basic needs“). Produktionserhöhung ist daher wesentlich, erscheint aber allein noch als unzureichend. Die eigene nichtdefizitäre Produktion von Bodenbewirtschaftungsmitteln wie Dünger, Pestiziden, Insektiziden und Maschinen kann ein weiteres entwicklungs- und beschäftigungspolitisch sinnvolles Ziel sein.

Eine nichtdefizitäre Landwirtschaft erfordert deshalb ein entwickelteres industrielles Produktionsniveau.

Umgekehrt stellt ein gesunder Agrarsektor einen Absatzmarkt für Konsumgüter und Produktionsmittel dar und kann über von ihm erbrachte Exporterlöse den Import von Industrieausrüstungen finanzieren und industrielle Entwicklung befördern.³ Es geht also um ein „sich gegenseitig stützendes Wachstum“⁴ beider Sektoren.

Versuche, die Hektarerträge allein durch den Einsatz größerer Mengen von Herbiziden und Düngermitteln und die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse („Grüne Revolution“) zu steigern, führten in manchen Ländern

durchaus zu beachtlichen Erfolgen⁵ und zu „überzeugenden Beweisen“⁶ der technischen Möglichkeiten.

Allerdings gelten die seither gemachten Erfahrungen auch als Beweise für die Grenzen der Technik und dafür, dass „die landwirtschaftlichen Probleme und die Probleme des Hungers nicht nur technisch-produktiver Natur sind, sondern ihre Ursachen vor allem in den sozialen und Herrschaftsstrukturen haben.“⁷

Ernest Feder, der die Landwirtschaft Lateinamerikas untersuchte, unterscheidet zwischen „Technokraten“ einerseits und den „Reformern“ andererseits, die in den vorhandenen Agrarstrukturen die wesentlichen Barrieren für eine radikale Erhöhung des landwirtschaftlichen Produktionsniveaus erkannten.⁸ In den unterentwickelten Volkswirtschaften besitzen danach diejenigen „die Schlüssel zur Macht, ja zur Existenz schlechthin“⁹, die über den Boden verfügen.

Diese Betrachtungsweise rückte nicht nur die Art und Weise der Nutzung landwirtschaftlicher Produktionsmittel als Ursache niedriger Agrarproduktion in den Vordergrund, sondern auch die Frage der Eigentumsverhältnisse, die unter bestimmten Bedingungen zu Schranken landwirtschaftlichen Wachstums und zur Blockade sozialen Fortschritts werden können.

Bei der Veränderung der Eigentumsverhältnisse setzen auch Agrarreformkonzeptionen an.

Obwohl in der agrar- und sozialwissenschaftlichen Literatur zum Teil darauf hingewiesen wird, dass kaum allgemeine Leitsätze der Agrarreform existieren¹⁰, dass eine „allgemeingültige Definition kaum möglich“¹¹ sei und eine „Theorie der Agrarreform ... über Ansätze noch nicht hinausgekommen“¹² ist, sollen einige für wesentlich gehaltene Merkmale einer Agrarreform benannt werden.

In der historischen Entwicklung von Agrarreformen lässt sich zwischen reinen Bodeneigentums- beziehungsweise Bodenbesitzreformen, die es bereits in vorkapitalistischer Zeit gab, differenzieren und den eine Besitzreform ergänzenden Bodenbewirtschaftungsreformen des Kapitalismus, die das Ziel verfolgen, die Landwirtschaft zu modernisieren und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen anzupassen.¹³ In diesem Sinne ist Agrarreform „ein wesentlicher Bestandteil jeder bürgerlichen Revolution.“¹⁴

Sie trägt dazu bei, Arbeitskräfte und Kapital für die Industrie freizusetzen („ursprüngliche Akkumulation“) und ist „Teilprozess der Transformation der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur.“¹⁵ Das grundlegende Element der Umwandlung, aus der die Agrarreform besteht, ist die Über-

tragung von Bodeneigentum¹⁶, wenn sich auch die Befreiung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte von den Fesseln überkommener Bodenbesitzverhältnisse keineswegs darin erschöpft. Sie wird ergänzt durch produktionssteigernde Produktionsmittel und moderne Technologien, deren Anschaffung und Nutzung unter anderem Folge der Umverteilung des landwirtschaftlichen Mehrprodukts ist.¹⁷

Eine bürgerliche, im Rahmen des Kapitalismus bleibende Agrarreform wird sich darauf beschränken, jenen das Land zu nehmen, die es nicht intensiv bebauen. Die soziale Funktion des Bodens reduziert sich nach der Logik kapitalistischer Rationalität auf die Intensität seiner Nutzung. Folglich wird der intensive kapitalistische Großbetrieb „innerhalb der bestehenden Strukturen“¹⁸ zum Ziel dieser Reform.

Kriterium für ihren Erfolg ist allein die Erhöhung der betriebswirtschaftlichen Rentabilität, ist die Erzielung höchster Hektarerträge bei größtmöglicher Arbeitsproduktivität.

Sind jedoch Beschäftigungsmaximierung und Erhöhung der Bodenproduktivität (Wert der Produktion pro Flächeneinheit) die aus den gesellschaftlichen Notwendigkeiten eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes resultierenden Zielvorgaben, eröffnet sich ein Widerspruch zur Logik kapitalistischer Eigentumsverhältnisse.

In diesem Falle tendiert die Agrarreform nicht zur Transferierung des Privateigentums an Grund und Boden, sondern zu seiner Abschaffung. Die Produktionsverhältnisse werden im Rahmen der Ablösung einer Produktionsweise (der kapitalistischen) durch eine andere (der sozialistischen) verändert.¹⁹

Ob dies gelingt, wird unter anderem abhängig sein vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, von der Haltung der Regierenden und dem Bewusstseins- und Organisationsgrad und der Aktivität der vom Agrarreformprozess unmittelbar Profitierenden und ihrer sozialen Verbündeten.

2.2 Die Bedeutung der portugiesischen Landwirtschaft vor 1974

Portugal wies spätestens seit den sechziger Jahren Merkmale auf, die es deutlich als Schwellenland charakterisierten. Zwar waren 1973 noch immer 28,8% der aktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt²⁰, die nur 17,4% des Bruttoinlandprodukts (BIP) erbrachte²¹, doch hatte die verarbeitende Industrie zwischen 1964 und 1974 mit 8,8% ein hohes jährliches Durchschnittswachstum aufzuweisen.²² Das Durchschnittswachstum der Gesamtwirtschaft lag bei 6,8%.²³

Innerhalb der industriellen Produktion verschoben sich die Gewichte zugunsten einer modernen und in geringerem Maße als bei Entwicklungsländern²⁴ exportorientierten Fabrikation von Halbfabrikaten oder von Fertigfabrikaten für den eigenen Markt²⁵, während die traditionelle Produktion (beispielsweise Fischkonserven und Korkerzeugnisse, Holz und Papier) zwar nach wie vor von großer, aber zurückgehender Bedeutung war.

Die „tiefgreifende Modernisierung“²⁶ in Teilen des Industrie- und Dienstleistungssektors, begleitet von einer kapitalistischen Expansion mit „nie gesehenem industriellen Wachstum“²⁷, hatte Portugal unbestreitbar entwickelt, aber auch abhängiger gemacht.

Die Position ausländischen Kapitals war in einigen Industriebranchen besonders nach Öffnung des wegen der Niedriglöhne besonders interessanten portugiesischen Markts²⁸ für ausländischen Kapitalexport ab Mitte der sechziger Jahre stark. Andererseits investierte Auslandskapital doch fast gar nicht in die portugiesische Landwirtschaft, was diese vom Agrarsektor vieler Entwicklungsländer unterschied. Der wesentliche Grund hierfür mochte gewesen sein, dass ausländische Unternehmen in diesem Sektor keine staatliche Unterstützung zu erwarten hatten.²⁹

An der Erhöhung des Nationalprodukts hatte die Landwirtschaft, die zwischen 1960 und 1970 nur ein jährliches Wachstum von 1,5% (1970-1973: 0,7%) erzielte, einen außerordentlich geringen Anteil.³⁰ Gemessen an Preisen von 1963 war der Wert der Produktion 1973 niedriger als 1968.³¹

Barreto errechnet auf der Grundlage konstanter Preise von 1953 für den Zeitraum bis 1973 ein jährliches Wachstum des Bruttoagrарprodukts von 0,5%, wobei die Vieh- und Forstwirtschaft etwas rascher wuchs, die Pflanzenproduktion aber stagnierte oder sank.³²

Es wundert daher nicht, wenn verschiedene Autoren -

angefangen bei dem Rechtsextremen F.A. Gonçalves Ferreira über die Verfasser der Weltbankstudie bis hin zu dem der Gewerkschaftszentrale CGTP-IN zuzurechnenden Eugénio Rosa für die Zustandsbeschreibung der Landwirtschaft vor 1974 den Begriff „Stagnation“ verwenden.³³ Wichtige Ursachen für den Stillstand waren die mangelnde Kapitalausstattung der Betriebe und der geringe Umfang der Investitionen.³⁴

Der Kiloverbrauch an Kunstdünger pro Hektar war niedriger als in Spanien, Jugoslawien oder Griechenland³⁵; die Produktivität landwirtschaftlicher Arbeit stieg zwischen 1957 und 1967 mit 32% weit langsamer als in anderen europäischen Ländern (BRD 73%, Frankreich 75%, Niederlande 78%, Belgien 64%, Italien 65%).³⁶ Obwohl die Ausstattung mit Traktoren zwischen 1953 und 1966 um über 600% zugenommen hatte³⁷, blieb der Maschinenbestand wegen der bescheidenen Ausgangslage unzureichend.³⁸

Die Stagnation des Agrarsektors begleitete ein wahrer Exodus der Landbevölkerung: Eine halbe Million Menschen verließ den Sektor zwischen 1950 und 1970. Der Anteil der in der Landwirtschaft Aktiven sank von 51% auf 32%.³⁹

Während Lissabon und Porto wuchsen, entvölkerten sich ländliche Distrikte. Regionale demographische und ökonomische Ungleichgewichte verstärkten sich als Folge der Krise des Agrarsektors, der jedoch durch den Abzug von Arbeitskräften weder eine Modernisierung noch eine Produktivitätssteigerung erfuhr.⁴⁰

Nur in geringem Maße war die portugiesische Industrie in der Lage, diese Arbeitskräfte zu absorbieren; zwei Drittel emigrierten.⁴¹ So war diese Entwicklung nicht Ausdruck „der Umschichtung zwischen den Sektoren im gesamtwirtschaftlichen Wachstum, sondern der sich verschlechternden Existenzbedingungen auf dem Lande infolge der Rückständigkeit der Landwirtschaft...“⁴²

Die niedrige Leistungskraft des Sektors führte dazu, dass die landwirtschaftlichen Durchschnittslöhne, die 1965 noch 65% des nationalen Durchschnitts ausmachten, 1973 nur noch 56% dieses Werts erreichten.⁴³

Den portugiesische Nahrungsmittelbedarf konnte die Landwirtschaft in immer geringerem Maße decken. Die unzureichende Produktion pflanzlicher und tierischer Produkte führte in den Jahren zwischen 1970 und 1974 zu einer Steigerung der Agrarimporte von 5,5 Millionen Contos auf 16,5 Millionen Contos (1 Cto.=1.000 Escudos).⁴⁴

Die Selbstversorgungsrate betrug bei Getreide 1974 nur noch 48,1%⁴⁵; insgesamt stieg die Deckungsrate des Konsums durch Importe bei Fleisch, Getreide, Kartoffeln und

Anmerkungen:

- 1 Auf den Zusammenhang ökonomisch-sozialer und ökologischer Probleme weisen insbesondere hin: Pat Roy Mooney, Saat-Multis und Welthunger. Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern (Reinbek 1981); Jean-Pierre Bertrand / Catherine Laurent / Vincent Leclercq, Soja (Zürich 1984)
- 2 Armando Castro, Crise agrária e dependência externa no processo histórico português contemporâneo, in: Armando Castro, Teoria do sistema feudal e transição para o capitalismo em Portugal (Lisboa 1987), S.155 ff. (S.168)
- 3 Vgl. Thomas Hanke, Agrarreform in Portugal (unveröffentlichte Diplomarbeit, Bonn 1980), S.7 f.
- 4 A.Castro, a.a.O., S.164
- 5 Vgl. Jürg A. Häuser, Bevölkerungsexplosion - Ernährung - Beschäftigung, in: Hans-Balz

- Peter / Jürg A. Hauser (Hg.), Entwicklungsprobleme interdisziplinär (Stuttgart 1976), S.101 ff.(S.108 f.) und P.R.Mooney, a.a.O., S.51
- 6 Fidel Castro Ruz,... wenn wir überleben wollen. Die ökonomische und soziale Krise der Welt. Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen Staaten (Dortmund 1984), S.133
 - 7 Ebenda
 - 8 Vgl.Ernest Feder, Agrarstruktur und Unterentwicklung in Lateinamerika (Frankfurt / Main 1973), S. 7 f.
 - 9 Ebenda, S.9
 - 10 Vgl. Hanke, a.a.O., S.5
 - 11 Jungst / Jülich, a.a.O., S.8
 - 12 Borowczak, a.a.O., S.2
 - 13 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.14 f.; vgl. Jungst / Jülich, a.a.O., S.9
 - 14 Ulf H. Baumgärtner / Onno-Hans Pop-

- pinga, Grundzüge der Agrarstruktur im peripheren Kapitalismus, in: Bassam Tibi / Volkhard Brandes (Hg.), Handbuch 2. Unterentwicklung (Frankfurt/Köln 1975), S.207 ff.(S.224)
- 15 Theodor Bergmann, Portugals Agrarreform im Lichte der Theorie, in: M.Vester u.a. (Hg.), a.a.O., S.130 ff.(S.145)
 - 16 Vgl. Afonso de Barros, A Reforma Agrária em Portugal. Das ocupações de terras à formação das novas unidades de produção (Oeiras 1979), S.19 f.; vgl. Bergmann, a.a.O., S.130; vgl.Jüngst / Jülich, a.a.O.,S.8; vgl. F.Castro, a.a.O., S.147
 - 17 Vgl.Bergmann, a.a.O., S.135 ff.; vgl. F.Castro, a.a.O., S.147
 - 18 Baumgärtner, a.a.O., S.224
 - 19 Vgl. A. de Barros, a.a.O., S.19 f.

Zucker zwischen 1969 und 1974 von 18,3% auf 33,6%⁴⁶. Insbesondere wachsender Getreideimport wird allgemein als Indiz für eine rückläufige Entwicklung der Landwirtschaft betrachtet.⁴⁷

Obwohl einige mit der Industrie verbundene Produktionszweige (Tomatenderivate, Holz und Papier) expandierten, wurde Portugal 1974 zum Nettoimporteur von Lebensmitteln und Landwirtschaftserzeugnissen.⁴⁸ Diese Importe machten 1973 bereits 14,5% des portugiesischen Handelsbilanzdefizits aus.⁴⁹

Die Landwirtschaft war immer mehr zur Bremse der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes geworden. Sie konnte weder einen Markt für die restlichen Sektoren darstellen noch den Bedarf von Industrie und Bevölkerung an Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln befriedigen.

Der Industrie hatten „starke Wachstumsimpulse aus einer dynamischen Landwirtschaft“⁵⁰ gefehlt. Hatte sich

das landwirtschaftliche Wachstum Ende des vergangenen Jahrhunderts wegen des unzureichenden industriellen Wachstums noch auf den Export stützen müssen, war es nun umgekehrt: Einer wachsenden, teilweise ebenfalls exportgestützten Industrie fehlte eine gesunde Landwirtschaft, da notwendige Strukturveränderungen dort ausgeblieben waren.⁵¹

Die insbesondere in die Amtszeit Caetanos fallenden Versuche, die Exporte zu fördern und Importe zu ersetzen, scheiterten an der Agrarkrise und an der strukturellen Unmöglichkeit, sie zu überwinden.⁵² Die Hoffnung, die Industrie würde die Landwirtschaft gewissermaßen „mitreißen“ und der Staat brauche nur Kleinbetriebe fallen zu lassen und moderne Betriebe zu fördern⁵³, erfüllte sich nicht. Die landwirtschaftlichen Produzenten wurden durch die Eigentumsverhältnisse entweder an einer Produktionssteigerung gehindert oder die Landeigentümer waren an ihr nicht interessiert.

2.3 Die Besitzverhältnisse in der portugiesischen Landwirtschaft vor der Revolution

Hinsichtlich der Struktur des Grundbesitzes „zerfiel“ Portugal 1968, zum Zeitpunkt der letzten vor 1974 durchgeführten Erhebung des Nationalen Statistischen Instituts (INE) in zwei Teile: den stark durch Klein- und Kleinstbesitz geprägten Norden und den durch eine starke und noch zunehmende Eigentumskonzentration⁵⁴ gekennzeichneten Süden.

Von den 810.000 im kontinentalen Portugal gezählten Landwirtschaftsbetrieben verfügten 9.200 Betriebe (1,1% der Gesamtzahl) über zusammen 2,5 Millionen Hektar bei einer Gesamtfläche von fünf Millionen Hektar. Auf 480.000 Betriebe (59%) entfielen dagegen nur 7% der Gesamtfläche.⁵⁵ Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich hier nur um die Betriebsstruktur, nicht aber um die Eigentumsstruktur handelte. Großer Grundbesitz teilte sich besonders im Norden oft in kleine Pachtbetriebe auf.

Der Hinweis auf die Tatsache, dass die Betriebe unter 5 ha Größe (das sind 670.120 oder 81% der Gesamtzahl) nur über 18% und damit über weniger landwirtschaftliche Nutzfläche verfügten als die 488 Betriebe über 1.000 Hektar, veranschaulicht die Bodenkonzentration auf andere Weise.⁵⁶ Dreihunderttausend Betriebe umfassten nicht einmal einen Hektar.⁵⁷

Im Norden und im Zentrum des Landes waren 87% der Gesamtzahl der Betriebe angesiedelt. Sie verteilten sich damit auf nur 34% der landwirtschaftlich genutzten Fläche⁵⁸; folglich befanden sich 13% der Betriebe in den südlichen Distrikten und vereinnahmten eine weitaus größere Nutzfläche.

Hier wirtschafteten 96 Prozent aller über 500 Hektar großen Betriebe.⁵⁹

Etwa 37% wurden als Pachtbetriebe beziehungsweise in einer gemischten Form (Pacht und Eigentum) geführt.⁶⁰

War schon bei den Kleinbetrieben bis vier oder fünf Hektar generell der Anteil des Eigenverbrauchs an der Gesamtproduktion recht hoch⁶¹, wodurch oft kaum noch Mittel für notwendige Investitionen erwirtschaftet werden konnten, so wurden die Pächter noch zusätzlich durch unsichere Pachtverhältnisse (oft fehlte ein schriftlicher Vertrag und die Pacht wurde noch häufig in Naturalien bezahlt) belastet und an Modernisierungen oder Verbesserungen gehindert.⁶²

Hinzu kam, dass zu niedrige Aufkaufpreise keinen Anreiz für Produktionssteigerungen darstellten und zu geringe Kapitalausstattung diese auch nicht ermöglichten.⁶³

Während vor allem im Norden das Land trotz des hier ebenfalls durchaus vorhandenen Großgrundbesitzes extrem parzelliert war, war Kennzeichen des Südens die extreme Konzentration, die extrem ungleiche Aufteilung des Bodens vor allem in der Provinz Alentejo. Bereits Anfang des Jahrhunderts hatten im Norden Subsistenzbetriebe überwogen, während sich im Süden Großgrundbesitz und technologisch allerdings rückständige kapitalistische Betriebe herausgebildet hatten.⁶⁴

Betrachtet man den Grad der Verwendung von Lohnarbeit als einen Indikator für die Entwicklung kapitalistischer Beziehungen in der Landwirtschaft⁶⁵, dann bestätigte der Zensusbericht von 1970 eine Zunahme des Gewichts kapitalistischer Produktionsverhältnisse:

Bei seit 1940 rapide gesunkener Anzahl der „patrões“ (Lohnarbeiter beschäftigende Gutsbesitzer, Bauern oder Pächter) entfielen trotz ebenfalls verringerter Anzahl der Lohnarbeiter 1970 auf jeden „patrão“ 26 Lohnarbeiter gegenüber drei Lohnarbeitern 1940.⁶⁶ Im Süden erreichte die Proletarisierung aber noch ein weitaus höheres Ausmaß. Dort entsprach das Verhältnis „patrão“ / Lohnarbeiter 1:50 bis 85.⁶⁷ Die Zahl der Kleinbauern und Kleinpächter hatte landesweit stark zugenommen.⁶⁸

Lohnarbeiter stellten 1970 im Norden aber nur ein Drittel der landwirtschaftlich aktiven Bevölkerung, während ihr Anteil in den südlichen Gebieten des Großgrundbesitzes die 70% überstieg.⁶⁹

In der südportugiesischen Landwirtschaft waren 1970 197.350 Landarbeiter beschäftigt.⁷⁰

Der Polarisierung der Besitzverhältnisse im Alentejo - nach Barreto handelte es sich um die stärkste Bodenkonzentration des gesamten europäischen Mittelmeerraums⁷¹ - entsprach eine Sozialstruktur, in der die Industrie- und Landarbeiter mit achtzig Prozent die größte Gruppe darstellten, gefolgt von den selbständigen Bauern (13%), den städtischen Mittelschichten (5%) und den „patroes“ (2%).⁷²

In den südlichen Distrikten Beja, Évora, Portalegre, Setúbal, Santarém und Castelo Branco besaßen die tausend über 500 ha großen Betriebe so viel Boden wie die restlichen 166.000 Betriebseinheiten zusammen.⁷³ Die Statistik des Jahres 1968 wies für die Region „Süden und Südliches Zentrum“ 6353 Betriebe (3,2% der Gesamtzahl) über 50 ha aus, die gemeinsam über mehr als zwei Millionen Hektar

Anmerkungen:

20 Vgl. Rosa, a.a.O. ,S.18

21 Gemeint ist der Durchschnitt der Jahre 1968-1973. Vgl. Rosa, a.a.O., S.22

22 Vgl.Passos, a.a.O., S.161

23 Vgl. ebenda

24 Vgl. ebenda, S.190

25 Vgl. ebenda, S.186 f

26 Michael Vester, Sozialismus, Dorfgesellschaft und Agrarreform in Portugal, in: Sonderdruck aus Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg.15 (1987),Heft 3, S.407 ff.(S.408)

27 António Barreto, Anatomia de uma revolução. A Reforma Agrária em Portugal 1974-1976 (Mem Martins 1987), S.25

28 In der vom Regime verfolgten „Niedriglohnstrategie“ erkennt Rother das „Industrialisierungskonzept der Schwellenländer.“ Bernd Rother, Der verhinderte Übergang zum Sozialismus. Die Sozialistische Partei Portugals im Zentrum der Macht (1974-1973) (Frankfurt/M. 1985), S.270

29 Vgl. Passos, a.a.O., S.179

30 Vgl. Uwe Optenhögel, Die Arbeiterbewegung in Portugal im Prozeß gesellschaft-

lichen Umbruchs.Traditionen, Entstehung und Politik der nachsalazaristischen Gewerkschaften (1968-1979) (Diss.Phil., Hamburg 1986), S.45.- Barreto nennt für die gleichen Zeiträume Steigerungsraten von 0,9% und 0,2% gegenüber einem Wachstum im Sektor II von 7,5% und 11,3%.Vgl.Barreto, a.a.O., S.30.- Rosa gibt für den Zeitraum 1968-1973 ein durchschnittliches jährliches Wachstum des Bruttoagrарprodukts von 0,8% an und nennt für die Industrie 10,3 %. Vgl. Rosa, a.a.O., S.19; S.22

31 Vgl. Rosa, a.a.O., S.20

32 Vgl. Barreto, a.a.O., S.49

33 Vgl. F.A.Gonçalves Ferreira, 15 Anos da História Recente de Portugal (1970-1984). Os factos, os erros, os protagonistas. A análise e interpretação (Lisboa 1985), S.622; vgl. World Bank (Hg.), Portugal - Agricultural Sector Survey (Washington D.C.1978), S.170; vgl.Rosa, a.a.O., S.22 f.

34 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.76

35 Vgl. Rosa, a.a.O., S.24 f.

36 Vgl. A.Castro, a.a.O., S.163

37 Vgl. Barreto, a.a.O., S.48

38 Vgl. Tabelle „Indikatoren der Bewirtschaftungsintensität“, in: Mario Mahlau, Agrarpolitik und Agrarsektor in Portugal (Kiel 1985), S.86

39 Vgl. Barreto, a.a.O., S.26. - Mahlau gibt für den Zeitraum 1960-1974 eine jährliche Abwanderungsrate von 3,6% an. Vgl. Mahlau, a.a.O., S.13

40 Vgl. Hanke, a.a.O., S.19; vgl. auch Barreto, a.a.O., S.29

41 Vgl. Optenhögel, a.a.O., S.46

42 Hanke, a.a.O., S.19

43 Vgl. Rosa, a.a.O., S.29

44 Vgl. ebenda, S.124

45 Vgl. Passos, a.a.O., S.202

46 Vgl. Rosa, a.a.O., S.21

47 Vgl. F.Castro, a.a.O., S.138

48 Vgl. Barreto, a.a.O., S.51

49 Vgl. Passos, a.a.O., S.202

50 Optenhögel, a.a.O., S.36

51 Vgl. Barreto, a.a.O., S.30

52 Vgl. A.Castro, a.a.O., S.164 f.

53 Vgl. Passos, a.a.O., S.251 ff

bzw. 72,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügten, während auf die Betriebe unter vier Hektar (68,7%) 6,3% der Fläche entfielen.⁷⁴

Von der Weltbank beschrieben als ein Gebiet des „großen Grundbesitzes, absentistischer Eigentümer, landloser Arbeiter und extensiver Farmbetriebe“⁷⁵, umfasste die Latifundienregion etwa 52% der kultivierbaren und 45% der kultivierten Fläche des Landes; sie erbrachte aber nur 29% des nationalen Agrarprodukts und nur 19% des BIP.⁷⁶

In dieser dünnbesiedelten Region (36 Einwohner/qkm gegenüber 93 Einwohnern/qkm im Landesdurchschnitt) lebten ca.1,3 Millionen Menschen, d.h. rund 16% der Landesbewohner.⁷⁷

Das Gewicht der Region war in einigen Bereichen der Landwirtschaftsproduktion erheblich: Sie erreichte bei Reis einen Anteil von 79%, bei Kork 94%, bei Hafer und Gerste 71%, bei Weizen 68% und Olivenöl 61%.⁷⁸



Anmerkungen:

54 Vgl. Peter Weber, Portugal. Räumliche Dimension und Abhängigkeit (Darmstadt 1980), S.69 f.
55 Vgl. António Bica, Considerações sobre a Reforma Agrária, in: EC Economia. Questões económicas e sociais, Nr.1, Jg.1 (Lisboa 1976), S.3 ff. (S.3); vgl. auch World Bank Hg.), a.a.O., S.168 f.
56 Vgl. Rosa, a.a.O., S.15 f.
57 Vgl. Barreto, a.a.O., S.53
58 Vgl. Rosa, a.a.O., S.35
59 Vgl. ebenda
60 Vgl. Weber, a.a.O., S.70
61 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.57
62 Vgl. ebenda, S.41 f.
63 Vgl. Optenhögel, a.a.O., S.36
64 Vgl. Barreto, a.a.O., S.41

65 Vgl. Rosa, a.a.O., S.26 f.
66 Vgl. ebenda
67 Vgl. Barreto, a.a.O., S.54 f.
68 Vgl. Rosa, a.a.O., S.26 f.
69 Vgl. Barreto, a.a.O., S.55.- Die Landarbeiter machten mit 50,2% im nationalen Durchschnitt den größten Teil der in der Landwirtschaft Arbeitenden aus. Vgl. Lopes Cardoso, Luta pela Reforma Agrária (Lisboa 1976), S.28
70 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.72.- Jüngst / Jülich nennen für das gleiche Jahr für die „Distrikte der Agrarreform“ die Zahl 272000. Dem liegen vermutlich unterschiedliche territoriale Bezugsgrößen zugrunde. Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.21
71 Vgl. Barreto, a.a.O., S.65

72 Vgl. ebenda, S.62
73 Vgl. António Murteira, Notas sobre as Unidades Colectivas de Produção – UCP's da Reforma Agrária, in: EC Economia, Nr. 44, 8.Jg., (1983), S.15 ff. (S.15)
74 Vgl. Barreto, a.a.O., S.53
75 World Bank (Hg.), a.a.O., S.169
76 Vgl. Barreto, a.a.O., S.62. - Barreto bezieht seine Angaben auf die Region, die 1976 zur Agrarreformzone erklärt wurde und geographisch über den Alentejo hinausgeht und auch Gebiete des Ribatejo und der Beira Baixa einschließt.
77 Vgl. ebenda, S.61
78 Vgl. Rosa, a.a.O., S.118

2.4 Die Rolle der Latifundien in der Region Alentejo/Ribatejo

War Jahrhunderte lang die Viehhaltung wichtigste ökonomische Aktivität im Alentejo, so hatte mit der Industrialisierung und dem Wachstum der großen Städte seine Bedeutung als Kornkammer zugenommen.⁷⁹

An die Stelle der adligen Grundherrschaft war in Portugal Mitte des 19. Jahrhunderts die Bourgeoisie getreten, die sich allmählich auch des die kleinbäuerlichen Subsistenzwirtschaften ergänzenden Gemeindelandes bemächtigte, was einerseits zur Proletarisierung und andererseits zur Entstehung und Festigung von Latifundienwirtschaften beitrug.⁸⁰ Anfang des vergangenen Jahrhunderts waren bereits 46% der Landbevölkerung Landarbeiter.⁸¹ Das „campesinato“⁸² war schon zu Beginn dieses Jahrhunderts wenig zahlreich und ohne Macht.

Das „lei dos cereais“ (Getreidegesetz) von 1899 stärkte die Position der Latifundisten, indem es sie vor ausländischer Konkurrenz schützte.⁸³ Ihr Interesse bestand darin, die Einfuhr billigeren Weizens zu verhindern. Dies war nur möglich, wenn sie entsprechenden Druck auf die Zentralregierung ausüben konnten.⁸⁴ In der I.Republik (1910-1926) spielten sie als „grupo de pressão“ (Barreto) eine wesentliche Rolle innerhalb der republikfeindlichen „Vereinigung ökonomischer Interessen“ (UIE), eines Unternehmerverbands.⁸⁵

Den allseitigen politischen und ökonomischen Schutz des Staats erhielten die Latifundisten dann in Salazars „Estado Novo“. Vereint mit Unternehmern, Militär und Kirche bildeten sie seine soziale Interessenbasis⁸⁶ und bis zum Ende des Regimes als Bestandteil der „konservativ-reaktionären Fraktion“⁸⁷ eine seiner Säulen.

Der Faschismus sicherte das latifundistische Bodenbesitzmonopol und zugleich schützte er die Preise für die Erzeugnisse des Latifundiums. Das gewaltsame Niederhalten einer bereits in der I. Republik aufbegehrenden Landarbeiterschaft⁸⁸ hielt die Löhne stets auf einem extrem niedrigen Niveau.

Das Nichtvorhandensein anderer ökonomischer Aktivitäten im Alentejo, das weitgehende Fehlen von Industrie und damit alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten waren Voraussetzungen für ein Angebot überschüssiger und billiger Arbeitskräfte.⁸⁹ Es waren zugleich Garantien für die Aufrechterhaltung eines Systems, in dem die Betriebe nicht durch Wettbewerb zu Investitionen und höherer Produktivität gezwungen waren, sondern in dem die Eigentümer sich darauf beschränken konnten, mit geringstem Aufwand

auf Basis von Verpachtung der schlechteren Böden an Saisonpächter und von Lohnarbeit auf den besten Böden⁹⁰ bei extensiver Bewirtschaftung⁹¹ Gewinne zu erzielen, die ihren hohen Lebensstandard sicherten.

Kapital wurde kaum reinvestiert, sondern es wurde dem Agrarsektor entzogen, indem es in städtischen Immobilien, in Bankgeschäften und im Handel, später auch in der Industrie angelegt wurde.⁹²

Mit Spekulation und Luxuskonsum verschwendete die Agrarbourgeoisie „einen Teil des potentiellen Akkumulationsfonds.“⁹³

Für die Latifundisten war der Boden der wichtigste Produktionsfaktor⁹⁴; durch die enorme Größe des Besitzes konnten auch niedrige Hektarerträge ein hohes Einkommen garantieren.⁹⁵ Produktionssteigerung durch Düngung und Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, durch Bewässerung und Maschineneinsatz, durch besseres Saatgut und mehr Arbeitskräfte - eine intensive, Investitionen voraussetzende Landwirtschaft - war nicht das Ziel der Großgrundbesitzer. Sie bevorzugten das lange Brachliegen von Böden zur Wiederherstellung der Fruchtbarkeit⁹⁶. Es reichte, dass der Kork - „Korkeichen liefern unter den Pflanzen dieses Klimabereichs die höchsten Hektarerträge“⁹⁷ - ansehnliche Gewinne brachte.

Die Wälder des Alentejo mit ihren Schirmkiefern, Kork- und Steineichen machten 38% des portugiesischen Waldbestands aus.⁹⁸ Sie wurden auch für die extensive Viehhaltung genutzt; die Schweine ernährten sich von den Eicheln.⁹⁹

Schafe wurden nicht für die bei einigen Rassen ergiebige Milchproduktion gehalten, sondern wegen ihrer mehr der extensiven Produktion entsprechenden Wolle.¹⁰⁰ Beschäftigungslosigkeit und Unterbeschäftigung waren, wie es Feder für die lateinamerikanischen Latifundien feststellt¹⁰¹, die Folgen auch der portugiesischen Latifundienwirtschaft. Die Gesamtproduktivität der latifundistischen Betriebe lag wegen der niedrigen Bodenproduktivität weit unter dem landesüblichen Niveau.¹⁰² So betrug die Bodenproduktivität in den Distrikten Beja, Évora und Portalegre nur ein Drittel des landesweiten Durchschnitts.¹⁰³ Die vom Latifundium abhängigen kleinen Pächter scheuten das Risiko von Investitionen; die Folge war ebenfalls niedrige Bodenproduktivität.¹⁰⁴

Andererseits war die Arbeitsproduktivität (Wert der Produktion eines Arbeiters in einem Jahr) im Ergebnis eines höheren Mechanisierungsgrades in der Latifundienregion größer als im Rest des Landes.¹⁰⁵ Die Mechanisierung trug aber unter den Bedingungen des latifundistischen Produk-

tionssysteme nicht zur Intensivierung der Landwirtschaft bei¹⁰⁶, sondern war fast immer nur eine Antwort auf von den Arbeitern erkämpfte Lohnerhöhungen¹⁰⁷ oder auf eine relative Verknappung von Arbeitskräften infolge der von den Latifundisten ungern gesehenen Emigration und des seit Beginn der sechziger Jahre (Kolonialkrieg) gestiegenen Personalbedarfs des Heeres.¹⁰⁸

Die oft absentistischen Großgrundbesitzer betrieben aber nur auf einem Teil ihrer Güter landwirtschaftliche Produktion.

Bezogen auf jeweils tausend Hektar verwendeten sie 1968 weitaus weniger Traktoren als die Betriebe unter 20 ha und weitaus weniger Kunstdünger als die Betriebe unter vier Hektar.¹⁰⁹

Die beträchtliche Reduzierung kultivierten Landes besonders in den letzten zehn Jahren der Diktatur führte die Weltbank auf die Verringerung der Getreideanbauflächen und die Ausdehnung von Brachland zurück.¹¹⁰ In den Distrikten Beja, Évora und Portalegre betraf das 700.000 Hektar Acker- und Weideland.¹¹¹ Dreihundertfünfzigtausend Hektar dienten als Jagdgehege für Bankiers, Industrielle und Politiker des Regimes, die dort Rebhühner und Hasen jagten.¹¹² Insgesamt blieben 1968 in der Latifundienzone eine Million Hektar unbebaut.¹¹³

Die Masse der Landarbeiter - die Angaben schwanken zwischen 65% und 90%¹¹⁴ - bestand aus „eventuais“, d.h. aus Gelegenheits- oder Saisonarbeitern, die oft nur wenige Monate im Jahr Arbeit fanden und nach Barros das „typischste“ Produkt des „latifundistischen Kapitalismus“¹¹⁵ darstellten. Die „permanentes“ hingegen waren oft höher qualifiziert und in gewisser Weise auch materiell bessergestellt.¹¹⁶

Die Art der angebauten Kulturen bestimmte das Maß der Verteilung der Arbeit über das Jahr. Landarbeiter kamen auf 120 bis 150 Tage. Gearbeitet wurde gewöhnlich im Frühling, Anfang Sommer und an einigen Wintertagen.¹¹⁷ Die im Latifundium gezahlten Löhne gehörten zu den niedrigsten Einkommen der portugiesischen Landwirtschaft.¹¹⁸ Lohnerhöhungen und der Kampf um Arbeitsplätze hatten daher immer im Mittelpunkt der Klassenauseinandersetzungen gestanden.¹¹⁹

Noch 1973 betrug der durchschnittliche Tageslohn für Männer etwa acht Mark, für Frauen wenig mehr als die Hälfte.¹²⁰ Ernährung, Wohnverhältnisse, medizinische Versorgung und Alphabetisierungsgrad machten die Region auch im innerportugiesischen Vergleich zu einem sozialen Notstandsgebiet.¹²¹

Es gab noch in den sechziger und siebziger Jahren Großgrundbesitzer, denen ganze Dörfer gehörten und die innerhalb der Grenzen ihres Latifundiums eine eigene Gerichtsbarkeit – mit privaten Karzern zur Disziplinierung der Arbeiter - ausübten.¹²²

Die erzreaktionäre, fortschrittsfeindliche Haltung vieler Großagrарarier diente daher zumindest unterschwellig oft als Erklärung für ihr innovationsfeindliches unternehmerisches Verhalten. Wenn sie es jedoch vorzogen, ihr Kapital statt in die Landwirtschaft in den sich modernisierenden Industrie- und Dienstleistungssektor zu investieren¹²³, so versuchten sie damit lediglich, die vom Staat gebotenen Verwertungsbedingungen optimal zu nutzen. Die unmittelbare Folge dieser Beteiligung an der Industriemodernisierung war dann die Unterkapitalisierung der Landwirtschaft.

Aus der Beteiligung an Bank- und Industriegeschäften ergab sich aber auch eine Annäherung der Interessen von Industrie- und Bankkapital an die des ländlichen Großbesitzes. Viele Großagrарarier finanzierten ihre Geschäfte beispielsweise über Hypotheken, die sie auf ihren Grundbesitz aufnahmen. In den letzten vier Jahren der Diktatur waren 92% der in Portugal aufgenommenen Grundstückshypotheken auf die Latifundisten entfallen.¹²⁴

Auf diese Weise aber wurden die Banken indirekt zu Landbesitzern; d.h. sie verbanden sich mit einer Institution, die „in sich selbst die Negation der Intensivierung der Landwirtschaft“¹²⁵ darstellte und wegen der fehlenden intensiven Kapitalnutzung nur ein Hindernis auf dem Wege zum modernen kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieb war. Starke Finanzgruppen (de Melo, Champalimaud, Espírito Santo und das Immobilien- und Touristikunternehmen Torralta) hatten sich auch direkt eines Teils der Böden des Alentejo und Ribatejo bemächtigt.¹²⁶

Gleichzeitig bildete sich dennoch vor allem in Zusammenhang mit der Verpachtung oder dem Verkauf größerer, Anfang der sechziger Jahre bewässerter Gebiete¹²⁷ „eine Gruppe von ein paar Dutzend modernen ‚Agrarkapitalisten‘“¹²⁸ heraus, die mit der verarbeitenden Industrie verbunden war. Diese modernen kapitalistischen Betriebe waren zwar auch 1974 noch in der Minderheit, hatten aber an Bedeutung zugenommen¹²⁹ und einen politischen Machtverfall des traditionellen Großgrundbesitzes mit eingeleitet.¹³⁰

Am 25.April 1974 hatten die Agrarkapitalisten bereits die traditionellen Großgrundbesitzer als „dominierende soziale Gruppe“¹³¹ auf dem Lande ersetzt, aber das „Kernproblem der extrem ungleichen Verteilung des Reichtums“¹³² war ungelöst geblieben.

Anmerkungen:

- 79 Vgl. Bica, a.a.O., S.6
- 80 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.53 f
- 81 Vgl. Passos, a.a.O., S.14
- 82 Unter diesem Begriff werden kleine und mittlere landwirtschaftliche Produzenten zusammengefasst.
- 83 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.59
- 84 Vgl. Barreto, a.a.O., S.21
- 85 Vgl. Passos, a.a.O., S.43 f.
- 86 Vgl. Barreto, a.a.O., S.23
- 87 Passos, a.a.O., S.406
- 88 Vgl. hierzu José Pacheco Pereira, Conflitos sociais nos campos do Sul de Portugal (Lisboa 1983), S.21-125
- 89 Vgl. Hanke, a.a.O., S.5; vgl. Carlos Amaro, O aumento da produção agrícola e apoio à Reforma Agrária. Factores decisivos do desenvolvimento do Alentejo, in: EC Economia , Nr.68, 12.Jg. (1987), S.31 ff. (S.35)
- 90 Vgl. A. de Barros, a.a.O.,S.31
- 91 „Extensiv“ meint nach Vester „niedrige Flächenproduktivitäten ...durch zu geringen Einsatz von fixen und variablen Faktoren“- Michael Vester / Afonso de Barros, Forschungsprojekt. Die Agrarreform und das Problem ländlicher Entwicklung in Südpotugal (unveröffentl. Manuskript, Hannover / Lissabon 1985), S.10
- 92 Vgl.Jüngst / Jülich, a.a.O., S.25; vgl. Optenhögel, a.a.O., S.36; vgl. Passos, a.a.O., S.126
- 93 Baumgärtner, a.a.O., S.217
- 94 Vgl. Bica, a.a.O., S.6
- 95 Entsprechendes stellt Feder für die latein-amerikanischen Latifundien fest: „Die Gesamtgewinne können immer noch recht beträchtlich bleiben, auch wenn die Hektarerträge schon sehr niedrig sind und weiter abnehmen, solange nur genügend Boden bewirtschaftet wird.“ - Feder, a.a.O., S.100
- 96 Vgl. Bica, a.a.O., S.6
- 97 Arbeitsgruppe Portugal im Arbeitsbereich Landwirtschaft (Hg.), Portugal: Der Kampf

- um die Agrarreform (Stuttgart 1978), S.108 f.
- 98 Vgl. Victor Louro, Reforma Agrária e Floresta, in: Associação dos Municípios do distrito de Beja (Hg.), Congresso sobre o Alentejo. Semeando novos rumos. Vol.II (Évora 1985), S.741-747 (S. 741)
- 99 Vgl. António Bica, A Reforna Agrária é irreversível caso a democracia subsista em Portugal, in: Cadernos de o jornal. N.º 4 (Lisboa, Agosto de 1976), S.37 ff. (S.40)
- 100 Vgl. F.Vieira de Sá , A produção de leite, via de desenvolvimento económico e social do Alentejo, in: Congresso, a.a.O., S.748 ff. (S.755)
- 101 Vgl. Feder.a.a.O., S.14
- 102 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.62
- 103 Vgl. Passos, a.a.O., S.136
- 104 Vgl. Hanke, a.a.O., S.39
- 105 Vgl. Barreto, a.a.O., S.63
- 106 Vgl. Vester / Barros, a.a.O., S.11
- 107 Vgl. Pereira, a.a.O., S.148
- 108 Vgl. A. de Barros, a.a.O., S.32
- 109 Vgl. Hanke, a.a.O., S.34
- 110 Vgl. World Bank (Hg.), a.a.O., S.36
- 111 Vgl. Passos, a.a.O., S.136; vgl. Winfried Borowczak, Kurze Bilanz der Agrarreform von 1974 bis 1981, in:Vester u.a. (Hg.), Die vergessene Revolution, a.a.O., S.17 ff.(S.18)

- 112 Vgl. Fernando Oliveira Baptista, Sobre a economia das cooperativas e Unidades Colectivas de Produção, in:Economia e Socialismo, N.º 41/42 (1979), S.3 ff. (S.4); vgl. Comissão Promotora do Tribunal Cívico sobre a Reforma Agrária (Hg.), A Reforma Agrária acusa (Lisboa 1933), S.28
- 113 Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.25; vgl. World Bank (Hg.), a.a.O., S.5; vgl. Gerhard Grohs / Eduardo Maia Cadete, Reform und Gegenreform in der portugiesischen Landwirtschaft, in: Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft, Jg.19, Heft 1 (1980), S.67 ff.(S.70)

- 114 Vgl. Vester / Barros, a.a.O., S.8; vgl. Cordula Stucke, Analyse psychosozialer Aspekte gesellschaftlichen Handels am Beispiel eines Dorfes in Südpotugal (unveröffentl. Diplomarbeit, Hamburg 1981), S.6; vgl. Rainer Eisfeld, Sozialistischer Pluralismus in Europa. Ansätze und Scheitern am Beispiel Portugals (Köln 1984), S.83
- 115 A. de Barros, a.a.O., S.75
- 116 Vgl. ebenda, S.76
- 117 Vgl. Barreto, a.a.O., S.43
- 118 Vgl. ebenda, S.63
- 119 Vgl. Passos, a.a.O., S.149
- 120 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.71
- 121 Vester / Barros vergleichen die Problematik des Alentejo mit der, „des italienischen Mezzogiorno und des spanischen Andalusien“-Vester / Barros, a.a.O., S.5
- 122 Vgl. Murteira, a.a.O., S.15; vgl. Comissão Promotora..., a.a.O., S.118
- 123 Vgl. Vester, Sozialismus..., a.a.O., S.412 f.
- 124 Vgl. Dinis Miranda, A Reforma Agrária - histórica conquista dos trabalhadores, in: EC Economia, Nr.24, 5.Jg. (1979 / 1980), S.50 ff.(S.52)
- 125 Comissão Promotora (Hg.), a.a.O., S.240
- 126 Vgl. Murteira, a.a.O., S.15; vgl. Borowczak, a.a.O., S.59
- 127 Bis 1974 wurden 85000 ha auf Staatskosten bewässert, wovon überwiegend Latifundisten profitierten, die jedoch die Hälfte des Gebiets nicht oder nicht voll nutzten und die andere Hälfte verpachteten. Vgl. World Bank (Hg.), a.a.O., S.194; vgl.Jüngst / Jülich, a.a.O., S.14 f.; vgl. Vester, Sozialismus..., a.a.O., S.413
- 128 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.23; vgl. auch Borowczak, a.a.O., S.60
- 129 Vgl. Vester / Barros, a.a.O., S.10
- 130 Vgl. Passos, a.a.O., S.141
- 131 Baptista, a.a.O., S.4
- 132 Weber, a.a.O., S.78

2.5 Die Agrarreformgesetze von 1975

Die Lösung der Agrarfrage nahm in Portugal Ende 1974/Anfang 1975 durch die ersten von Arbeitern durchgeführten Besetzungen großer Güter und die Agrarreformgesetze des Sommers 1975 revolutionäre Formen an. Den Landarbeitern und den mit ihnen verbundenen sozialen, politischen und militärischen Kräften gelang es, eine radikale Bodenreform als Voraussetzung sozialer Revolution in einer kurzen Periode, in der revolutionäre, auf eine Änderung der sozialen Ordnung zielende Kräfte in Revolutionsrat und Regierung dominierten, gesetzlich zu verankern.

Unmittelbares Ziel war es, die in weiten Teilen des Landes existierenden Latifundien zu beseitigen, die Böden zu nutzen und damit Arbeit für alle und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.¹³³

Die Erhöhung landwirtschaftlicher Produktion und Produktivität im Rahmen einer auf Importsubstitution gerichteten Wirtschaftsstrategie war darüber hinaus eine der von der Streitkräftebewegung (MFA) verfolgten volkswirtschaftlichen Zielsetzungen.¹³⁴ Nicht aber allein wegen des Antilatfundismus, eines Bestandteils auch bürgerlicher Agrarreformen, waren Landbesetzungen und Gesetze revolutionär zu nennen, sondern weil sie sich wie auch die für sich allein genommen „im Vergleich mit den öffentlichen Sektoren anderer europäischer Länder keineswegs aus dem Rahmen“¹³⁵ fallenden Nationalisierungen im Banken und Industriesektor vom Frühjahr 1975¹³⁶ in eine Strategie einpassten, die auf die Kontrolle einer großen Zahl verschiedener Wirtschaftszweige und der Finanzwege für die Planung einer nichtkapitalistischen Entwicklung orientierte.¹³⁷

Selbst ein Ergebnis des „Drucks der Massen“, die einen „Militärputsch in eine Revolution“¹³⁸ verwandelt hatten, sollte die Agrarreform doch zugleich auch den Fortgang dieses revolutionären Prozesses sichern, indem sie den „besitzenden Klassen ... einen wesentlichen Teil ihrer ökonomischen Macht“ und teilweise auch die „politische Macht im Staat“¹³⁹ nahm. Die die Agrarreform begleitenden und stützenden legislativen Maßnahmen dienten daher nicht nur der Überwindung allein der Latifundienwirtschaft, sondern der Einengung des agrarkapitalistischen Sektors insgesamt.¹⁴⁰ Auf diesen Aspekt wies das vom Ministerrat angenommene, Enteignungsgesetz genannte „decreto-lei“ No 406-A/75 vom 29.Juli 1975¹⁴¹ in seiner Präambel hin.

Die Notwendigkeit, den Latifundien und „großen Agrarkapitalisten“ die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu entziehen, ergab sich für die Autoren des Gesetzes daraus, dass sich anderenfalls nicht nur die „Ausbeutung

und Ausplünderung“ der Landarbeiter und Kleinbauern verlängert, sondern auch die Bedingungen für die „soziale und ideologische Herrschaft“ der „während des Faschismus herrschenden sozialen Schicht“¹⁴² reproduziert hätten.

Das Gesetz beschränkte sich ausdrücklich darauf, die Normen für die Enteignung bestimmter Böden festzulegen. Es war gerade das - wie einer seiner Kritiker es nennt - „Originelle“¹⁴³ dieses Agrarreformgesetzes, dass es nur den „allgemeinen Rahmen für den Angriff auf den Großgrundbesitz und die großen agrarkapitalistischen Betriebe“ abgeben wollte; für einen Prozess, der ausdrücklich „das Werk der Initiative, der Phantasie, der Organisation und des Kampfes der Landarbeiter und Kleinbauern“¹⁴⁴ sein sollte.

Eben in ihre Hände legte dieses Gesetz „absichtlich unvollständigen Charakters“¹⁴⁵ die Ausgestaltung der Reform. Weder bei der Festlegung des künftigen juristischen Bodenstatuts noch bei der Herausbildung neuer Organisations- und Produktionsformen sollte staatlicherseits vorgegriffen werden. Damit fand der Partizipationsgedanke als „eigenständiges basic-need“¹⁴⁶ der Agrarreform Berücksichtigung.

Ein Punktesystem wurde entwickelt, das die Böden entsprechend der Fruchtbarkeit, Bepflanzung und durchgeführten Verbesserungen und auf Grundlage des katasteramtlichen Nettoertrags bewertete.¹⁴⁷ So entsprachen tausend Punkte einem Hektar mittleren Bewässerungslandes mit 2.000 Escudos Ertrag. Enteignet nach Gesetz wurden Flächen, die zusammengenommen mehr als 50.000 Bodenwertpunkte erreichten, also mehr als 50 ha mittleren Bewässerungslandes umfassten oder die - unabhängig von der Punktzahl - größer als 700 ha waren. Enteignet wurde auch, wenn die Besitzer sich Vergehen zuschulden kommen lassen hatten, die bereits im „decreto-lei“ 660/74 vom 25.November 1974 definiert worden waren¹⁴⁸, oder wenn Eigentum nicht Mindestforderungen an die Bodennutzung (Art.I) entsprochen hatte. Wer nicht den beiden letztgenannten Fällen zuzurechnen war, dem wurde ein Anrecht auf Vorbehaltsland („reserva“) bis zu 50.000 Punkten garantiert, wenn er alle folgenden Bedingungen erfüllte:

Er musste das Land direkt bewirtschaften und den eigenen und den Lebensunterhalt der Familie ausschließlich oder überwiegend aus dieser direkten Landbewirtschaftung bestreiten; er durfte kein anderes Vorbehaltsrecht gleichzeitig wahrnehmen. Das Recht auf Reserveland wurde ausschließlich natürlichen Personen eingeräumt (Art.2).

Das private Eigentumsrecht an diesem Land war aber insofern eingeschränkt, als es nur den „legitimen Erben“ übertragen werden konnte. Der Antrag auf Zuteilung einer

Bodenreserve musste innerhalb von fünfzehn Tagen nach Erhalt der Enteignungsnachricht gestellt werden.

Artikel 5 deutete die Möglichkeit von Entschädigungen auf der Grundlage eines innerhalb von 180 Tagen zu schaffenden Gesetzes an. Artikel 13 übertrug den bereits existierenden „Regionalen Agrarreformzentren“ (CRRA)¹⁴⁹ unter anderem die Aufgabe, neue „Produktionseinheiten“ durch die Koordinierung und Kontrolle der technischen und finanziellen Hilfe zur Bewirtschaftung des enteigneten Landes zu unterstützen und die Reserven festzulegen.

Artikel 15 annullierte alle nach dem 25.April 1974 abgeschlossenen Pacht-, Überlassungs- oder Aufteilungsverträge, die auf eine Verringerung der für eine Enteignung in Frage kommenden Flächen hinausliefen. Die Enteignungen konnten nur nach Erlass jeweiliger Einzelverordnungen Rechtskraft erlangen. Die ersten Enteignungen wurden Mitte September 1975 offiziell angeordnet.¹⁵⁰

Im Unterschied dazu sah das Nationalisierungsgesetz „decreto-lei“ 407-A/75 vom 30.Juli 1975 keine einzelnen Enteignungsakte vor, sondern erklärte die in den vor allem

in den sechziger Jahren mit staatlichen Mitteln bewässerten Gebieten des Alentejo und Ribatejo liegenden Flächen über 50000 Punkte mit sofortiger Wirkung für nationalisiert.¹⁵¹ Die Vergabe von Reserveflächen war unter den gleichen Bedingungen wie im Enteignungsgesetz möglich. Zuständig für die Verwaltung der nationalisierten Böden waren vom Landwirtschaftsministerium eingesetzte und koordinierte „Kommissionen zur vorübergehenden Verwaltung“.¹⁵²

Insgesamt fielen unter dieses Gesetz 210.000 ha Bewässerungsland¹⁵³; hinzu kamen am 13. November 1975 durch „decreto-lei“ 628 /75 23.000 ha der 1834 gegründeten Aktiengesellschaft „Companhia das Lezírias do Tejo e Sado“.¹⁵⁴ Unter den von Nationalisierung betroffenen Betrieben befanden sich auch verschiedene agroindustrielle Großbetriebe.¹⁵⁵

Im Ergebnis der Anwendung der Agrarreformgesetze sollte sich die künftige Landwirtschaft Portugals aus nationalisierten Betrieben und neuen Produktionseinheiten auf enteigneten Böden, aus kleinen und mittleren Familienbetrieben und aus agrarkapitalistischen, innerhalb der gesetzlich festgelegten Grenzen wirtschaftenden Betrieben zusammensetzen.

Anmerkungen:

- | | | |
|---|---|---|
| 133 Vgl. Lino de Carvalho, A Reforma Agrária, Necessidade Histórica, in: Congresso. . . , a.a.O., S.727 ff. (S.732) | Finanzbourgeoisie erfordert, so verlangt der Aufbau des Sozialismus Arbeit, Opfer, politisches Bewußtsein der arbeitenden Klassen. Das Ziel ist die künftige Gesellschaft ohne Klassen und ohne Ausbeutung.” Zit. nach Boje, a.a.O., S.62 | 149 Die Regionalen Agrarreformzentren entstanden zwischen Ende 1974 und Sommer 1975 und waren „mit Agrartechnikern besetzt, die in Fragen der Agrarreform auf Seiten der Landarbeiter standen.” Das GRRA „koordinierte nicht nur die Regierungspolitik im Rahmen der Agrarreform, sondern dirigierte auch sämtliche anderen Dienststellen des Landwirtschaftsministeriums. . . “ Borowczak, a.a.O., S.160 |
| 134 Vgl. Kommunique der MFA vom 21.6.1975, in: Hörst Boje, Portugal - Berichte eines Augenzeugen. Erlebnisse,Tatsachen, Dokumente (Hamburg 1975), S.59 ff.; vgl. dazu auch Barros, a.a.O., S.19 f. | 138 Cardoso, a.a.O., S.40 | 150 Vgl. ebenda, S.164 |
| 135 Optenhögel, a.a.O., S.250 | 139 Barreto, a.a.O., S.285 | 151 Vgl. Wortlaut des Gesetzes, in: Cader-nos..., a.a.O., S.88 f. |
| 136 Nationalisiert wurden nach dem 11.März 1975 245 Firmen des Bankensektors, der Basisindustrien, des Transportsektors und einige „Holdings“. Der Staat verfügte über 93,5% des Stammkapitals der Banken und Finanzgesellschaften. Der Anteil der Arbeiter im öffentlichen Sektor stieg von 132.000 auf über 306.000. Von staatlicher Intervention erfasst waren 260 Betriebe mit 60.000 Arbeitern; daneben gab es noch eine Reihe selbstverwalteter Betriebe. Vgl. A Saída da Crise. Textos da Conferência Nacional do PCP para a recuperação económica (Lisboa 1977), S.15 ff. | 140 Vgl. Arbeitsgruppe..., a.a.O., S.106 | 152 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.164 |
| | 141 Vgl. Wortlaut des Gesetzes in: Cader-nos..., a.a.O., S.85 ff.- „Decreto-leis“ sind Verordnungen mit Gesetzeskraft. | 153 Vgl. Maria João Costa Macedo, Geografia da Reforma Agrária (Mem Martins 1985), S.218 |
| | 142 Deutsche Übersetzung der Präambel, zit.n. Arbeitsgruppe ..., a.a.O., S 110 f. | 154 Diese „Gesellschaft der Flußniederungen des Tejo und Sado“ gehörte Großgrundbesitzern und Unternehmern und verpachtete Land an kleine Pächter und agrarkapitalistische Großpächter. Vgl. Arbeitsgruppe..., a.a.O., S.113 f. |
| | 143 Olivier Balabanian, Problemas Agrícolas e Reforma Agrarias no Alto Alentejo e na Estremadura Espanhola (Lisboa 1984), S.251 | 155 Vgl. As nacionalizações. Defesa e dinamização. Textos da Conferência dos organizações do PCP para a defesa e dinamização do sector nacionalizado da economia, 11 e 12 Março 1978 (Lisboa 1978), S.132 |
| | 144 Zit. n. Arbeitsgruppe..., a.a.O., S.111 | |
| | 145 Ebenda, S.112 | |
| | 146 Jüngst/Jülich, a.a.O., S.10 | |
| | 147 Vgl. Fernando Oliveira Baptista, Lei 77/77: A contra-reforma agrária, in: Economia e Socialismo, Nr.43 (1979), S.3 ff.(S.4); vgl. Hanke, a.a.O., S.67 | |
| 137 Im Kommunique der Bewegung der Streitkräfte und des Revolutionsrats vom 21.Juni 1975 hieß es u.a.: „In der Tat, wenn die Zerstörung des Kapitalismus die Liquidierung der Ausbeutungsmacht der mächtigen Monopol-, Latifundien- und | 148 Von dieser Interventionsgesetz genannten Verordnung waren auch 39 Landwirtschaftsbetriebe betroffen. Vgl. Barreto, a.a.O., S.258 | |



3. Die Ausgangslage der Auseinandersetzungen um die Agrarreform 1976

3.1 Das politische Kräfteverhältnis nach dem 25. November 1975

Die Vertreter eines auf die Stärkung kapitalistischer Produktionsverhältnisse gerichteten Agrarreformkonzepts erkannten ebenso wie die sehr wenig zahlreichen „Verteidiger“ des Latifundiums, dass die hier anvisierte Agrarreform zugleich „auch ein politisches Programm und ein Gesellschaftsmodell“¹ sein würde.

Dies ergab sich nicht nur aus den Intentionen der Gesetzgeber und der politischen Situation, der die Gesetze ihre Entstehung verdankten, sondern auch aus dem Charakter der sich auf besetzten Böden herausbildenden betrieblichen Organisations- und Eigentumsformen. Ihr Ziel war es daher, die aus der Anwendung der Gesetze resultierenden Gefahren für den agrarkapitalistischen Sektor einzudämmen und den neuen Reformsektor mittelfristig zurückzudrängen und/oder ihn bürgerlichen Agrarreformvorstellungen anzupassen.

War das Jahr 1976 auch noch stark von parteipolitisch beeinflussten Auseinandersetzungen konkurrierender Modelle revolutionärer Agrarreform geprägt, so ergaben sich daraus bereits für die verschiedenen agrarreformfeindlichen Kräfte günstige Ansatzpunkte, den Reformprozess grundsätzlich in Frage zu stellen.

Das Ergebnis der Ereignisse vom 25. November 1975² war, dass sich das politische Kräfteverhältnis zuungunsten der linken und mit der Agrarreform verbundenen Kräfte verschoben hatte. Die militärische Linke war praktisch ausgeschaltet. Dennoch war mit diesem Datum die Revolution keineswegs „definitiv“³ beendet:

Es war nicht gelungen, auch nur eine einzige der in die private Verfügungsgewalt von Produktionsmitteln eingreifenden „revolutionären Errungenschaften des 25. April“ rückgängig zu machen. Die gegenrevolutionären Kräfte hatten auf der politischen Ebene einen Sieg errungen; ihnen drohte aber eine Fortsetzung des revolutionären Prozesses, der sich auf der Grundlage der umgestalteten ökonomischen Machtverhältnisse und der teilweisen Übertragung ökonomischer Macht auf die unmittelbaren Produzenten neu entfalten konnte.⁴

Diese Tatsache musste die Veränderung und Revision der neugeschaffenen Besitzstrukturen in den Mittelpunkt des Interesses rücken, während die Linke in Portugal umgekehrt mit dem neugeschaffenen nationalisierten Sektor und der Agrarreform die Zukunft der Revolution zu verteidigen suchte.

Dies war im Jahr 1976 die Ausgangslage der Auseinandersetzungen um die Agrarreform.

Anmerkungen:

1 Barreto, a.a.O., S.108

2 Im Vorfeld des 25. November 1975 war es zu zahlreichen Auseinandersetzungen und Kampfaktionen in einzelnen Militäreinheiten gekommen, die mit der Rebellion der Fallschirmjäger von Tancos ihren Höhepunkt erreichten. Die militärische und politische Rechte argumentierte seither, an

jenem Tage einem Linksputsch zugekommen zu sein. Vgl. Manuel Duran Clemente, Elementos para a compreensão do 25 de Novembro (Lisboa o.J.), besonders S.13 ff.; vgl. auch Rother, a.a.O., S.113

3 Optenhögel, a.a.O., S. 281

4 Hinzu kam, dass sich das Bündnis aus demokratischen und rechtsorientierten Mili-

tärs, das den 25. November ermöglichte, schnell auflöste und sich nun „gemäßigte“ Offiziere wie Vasco Lourenço, Melo Antunes u.a. einer weiteren Rechtsentwicklung entgegenstellten. Vgl. Álvaro Mateus, Das Bündnis von Kommunisten und Sozialisten, in: Marxistische Blätter, Nr.4, 15.Jg. (1977), S.65 ff. (S.70)

3.2 Die neuen Produktionseinheiten in der Latifundienzone

In der bis Sommer 1976 amtierenden VI. Provisorischen Regierung unter Admiral José Pinheiro de Azevedo, dem parteilosen Ministerpräsidenten, waren die Sozialistische Partei (PS), die Volksdemokratische Partei (PPD)⁵, die Kommunistische Partei (PCP) und Parteilose und Militärs vertreten.

Das Amt des Landwirtschaftsministers hatte António Lopes Cardoso, ein Agraringenieur und auf dem linken Flügel der PS angesiedeltes Führungsmitglied dieser Partei.⁶ Staatssekretär für Agrarstrukturierung war bis Januar 1976 zunächst António Bica⁷; sein Nachfolger wurde am 21. Januar Vítor Louro.⁸ Beide hatten das Parteibuch der PCP.

In den von Landbesetzungen und Enteignungen betroffenen Gebieten vor allem des Alentejo und Ribatejo hatten sich bereits vor Antritt dieser letzten Provisorischen Regierung in Form der landwirtschaftlichen Kooperativen (CA) und kollektiven Produktionseinheiten (UCP) neue Betriebsformen und Strukturen herausgebildet, die sich 1976 konsolidierten und größtenteils staatlich anerkannt wurden.⁹

Zwischen Oktober 1975 und Juli 1976 wurden nach Ausarbeitung der Betriebsstatuten 473 dieser Produktionseinheiten durch Bekanntgabe im „Diário do Governo“ legalisiert.¹⁰

Auf den rund 1,2 Millionen Hektar, die von den UCP/CA eingenommen wurden, arbeiteten etwa 40.000 „permanentes“.¹¹ Hinzu kamen 30.000 bis 50.000 „eventuais“, Gelegenheitsarbeiter, die bis zu 200 Tagen im Jahr Beschäftigung fanden. Vor den Landbesetzungen waren von den „permanentes“ ebenfalls mehr als die Hälfte lediglich Saisonarbeiter gewesen.¹²

Die erste UCP/CA war vermutlich noch 1974 auf dem Gut „Herdade Mouchão do Inglês“ entstanden.¹³

Obwohl die neuen Produktionseinheiten sich zum Teil selbst „Kooperativen“ nannten, hatte ihr Organismus in der Regel nichts zu tun mit traditionellen Kooperativen, in denen sich meist kleinere und mittlere Bauern zusammenschlossen. Waren auch kleinere und mittlere Landwirte und Pächter ebenso wie Maschinenverleiher an Besetzungen und Kooperativgründungen hier und da beteiligt¹⁴, so wurden die neuen Einheiten doch in der Hauptsache von Landarbeitern gebildet.

Hatte die Bezeichnung „CA“ (Cooperativa Agrícola) zu Beginn noch den Sinn, kleinere Produktionseinheiten

mit stärkerer Kleinbauernbeteiligung von größeren „Landarbeiter“-UCP's zu unterscheiden, so verwischten sich diese Differenzierungsmerkmale mit der Zeit, wenn auch die flächenmäßig größeren Einheiten häufig die Bezeichnung UCP trugen.¹⁵ Die angenommenen Bezeichnungen entsprachen daher nicht immer dem tatsächlichen Organisationstyp, der von der sozialen Zusammensetzung der Beschäftigten und den jeweils politisch dominierenden Kräften mitbeeinflusst wurde.¹⁶

Herausragendes Merkmal der neuen Produktionseinheiten war, dass die Landarbeiter die besetzten Güter nicht unter sich aufgeteilt, sondern sich zu kollektiver Bewirtschaftung entschlossen hatten und sich unabhängig von staatlicher Einmischung ihre eigenen autonomen Betriebsleitungen wählten.

Weiteres Charakteristikum war die Zahlung fester Löhne für die Kooperanten. Es gab keine Gewinnverteilung und in den meisten Fällen auch keine private Parzellennutzung.¹⁷

Obwohl die Kollektivgüter auf vom Staat enteigneten Böden wirtschafteten, unterschieden sie sich von Staatsgütern durch die demokratische Wahl ihrer Leitungen, die über soziale, ökonomische, technische und administrative Angelegenheiten selbst entschieden und dabei die konkrete Situation der jeweiligen UCP berücksichtigen konnten.

Von Kooperativen traditionellen Typs unterschieden sie sich durch die festen Löhne und das Fehlen privaten Bodeneigentums und vom sowjetischen Kolchosmodell durch das Fehlen von Gewinnbeteiligung und Privatparzellen. Die UCP/CA stellten damit eine neue, gewissermaßen spezifisch portugiesische landwirtschaftliche Betriebsorganisation dar. Keineswegs handelte es sich einfach um Kooperativen „nach östlichem Muster.“¹⁸

Ihre Prinzipien beinhalteten die Selbstbestimmung der unmittelbaren Produzenten und bedeuteten eine Absage an das Privateigentum an Produktionsmitteln. Organisationsform, ökonomische Logik und politisches Umfeld der neuen kollektiven Produktionseinheiten wurden von latifundistischen Gegnern der Agrarreform, die sich besonders über den Landwirteverband CAP und das rechtsextreme Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS) artikulierten und von Anhängern einer kapitalistischen, auf die Schaffung mittelgroßer privater Agrarbetriebe hinarbeitenden Bodenreform heftig angegriffen.

In ihren Statuten hatten sich die neuen Produktionseinheiten als Vereinigungen von Landarbeitern, Kleinbauern und anderen Arbeitern definiert, die die Erhöhung der Arbeitsproduktivität anstrebten mit dem Ziel, das Lebens-

niveau zu heben und neue Produktionsverhältnisse zu entwickeln.¹⁹

Vorrangig war zunächst, das durch die Krise der Bauwirtschaft, die Heimkehr von Soldaten und den - im Alentejo allerdings weniger spürbaren - Zustrom von Flüchtlingen aus den ehemaligen Kolonien („retornados“)²⁰ noch verschärfte Beschäftigungsproblem zu lösen. Auch die nach dem 25. April durchgesetzten Lohnerhöhungen²¹ hatten zur Folge, dass besonders Frauen verstärkt nach Arbeit suchten.²²

Dieses wohl schwerwiegendste soziale Problem versuchte man durch die bessere Kultivierung der Böden und durch die Ausweitung der Saatflächen zu lösen: Ziel war nicht ein Maximum an Gewinn, sondern ein Maximum an Beschäftigung²³, wobei der Anteil permanenter Arbeitskräfte erweitert und der der Gelegenheitsarbeit gesenkt werden sollte.²⁴

Tatsächlich erhöhten die neuen Betriebseinheiten die Produktion, sicherten und schufen Arbeitsplätze und verbesserten die Lebensbedingungen; zunächst sanken aber auch die Hektarerträge, was den UCP's den nach kapitalistischer Logik gerechtfertigten Vorwurf einbrachte, unrentabel zu wirtschaften.²⁵ Einzelfälle, in denen die Lohnkosten schließlich sogar die Betriebseinnahmen übertrafen, stützten dann die These der Kritiker, die den UCP's generell Überbeschäftigung unterstellten.

Ihrer Ansicht nach waren die Betriebe, wie auch Barreto es ausdrückt, „alle überdimensioniert.“²⁶

Tatsächlich hatten die Kollektivgüter den Anbau traditioneller Kulturen (z.B. Weizen) oft auf weniger geeignetes Brachland ausgedehnt, um Arbeitsplätze zu schaffen und durch Produktionserhöhungen kurzfristig finanzielle Mittel zu erhalten, die das Fortbestehen der neuen Betriebe sichern sollten und Voraussetzung waren für Investitionen, auf deren Grundlage schließlich das traditionelle, vom Latifundium übernommene extensive Produktionssystem verlassen werden sollte.²⁷

Bis zum Abschluss der Konsolidierung der neuen Betriebe sollten die UCP's den alten Kulturtyp beibehalten, um dann mit der Rekonversion der Kulturen, der Erhöhung der Hektarerträge und der Beschäftigtenzahlen zu beginnen.²⁸ In der Perspektive also sollte die Produktion stärker diversifiziert und den Bodenbedingungen angepasst werden; sie sollte die Arbeitskräfte maximal nutzen und eine Kapitalreproduktion innerhalb kürzester Frist sichern.²⁹

„Unrentabel“ war häufig die Intensivierung, wenn sie ohne technische Hilfe und auf eigene Kosten und eigenes Risiko unternommen wurde, doch waren die Arbeiter oft

selbst Motoren der Intensivierung und Diversifizierung, da ihnen die Beibehaltung des latifundistischen Bewirtschaftungstyps keine Arbeits- und Einkommensgarantie für das ganze Jahr geben konnte.³⁰

Unter großen persönlichen Opfern – dem häufigeren Verzicht auf Löhne, auf Lohnerhöhungen, auf „Lebensqualität“ – sorgten die Kooperanten, die auch die Gewinne am Jahresende in Maschinen, Bewässerungsarbeiten und Installationen investierten, für eine relativ rasche Modernisierung.³¹ Gleichzeitig hoffte man, auf bereits bewässerten Flächen und durch neue Bewässerungsmaßnahmen intensive Viehzucht und Milchwirtschaft, die besonders arbeitsintensiv ist, betreiben zu können.³² Durch geeignete Düngung wollte man auf bewässerten Flächen die Praxis des Brachlands beenden und Winter- und Sommerkulturen anbauen.³³

Für die Weltbank gab es infolgedessen „Gründe zu erwarten, dass die UCP's das Land so intensiv nutzen“ würden, „wie es die Wasserversorgung und die Produktionsmittel“ erlaubten, nachdem ein „Hindernis der vollen Entwicklung existierender Bewässerungsflächen“ nicht mehr länger existierte: die „großen Güter“³⁴. Der Nahrungsmittel verarbeitenden Industrie sollten Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden, um die regionale Unterentwicklung abzubauen.³⁵ Vom Staat erwartete man entsprechende Investitionen für Industrie und wissenschaftliche Forschung, vor allem aber auch direkte Investitionen für die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur (Kommunikationsmittel, Transportwege, Lagerhäuser, Bewässerung, Strom usw.).³⁶

Staatliche Maßnahmen sollten auch den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte von spekulativen Einflüssen befreien und zur Schaffung von Aufkauforganisationen beitragen, die Erzeuger- und Verbraucherpreise sicherten und Lagerung, Erhaltung und Verteilung der Produkte kontrollierten.³⁷ Für den kollektiven Sektor der Landwirtschaft waren „Mitarbeit“ und „Verständnis“ der die Zentralregierung tragenden politischen Kräfte Voraussetzungen, um in kürzester Frist größtmögliche Resultate zu erzielen.³⁸

Dass die UCP's eine bestimmte und oft umstrittene Größe erreichten³⁹ – die Betriebsflächen entsprachen im Distrikt Évora etwa denen des alten Betriebs, waren aber in Beja und Portalegre, wo die UCP's oft eine ganze Gemeinde umfassten, weit größer als die der ehemaligen Landgüter („Herdades“)⁴⁰ – war überwiegend auf die ererbten und nur mittelfristig veränderbaren Strukturen der Latifundienregion zurückzuführen.

Einwände gegen diese bis zur Verdopplung der durchschnittlichen Betriebsflächen führenden Erweiterungen gründeten sich vor allem darauf, dass auf diese Weise eine

traditionelle Charakteristik der Betriebe in den Latifundien-distrikten verschärft worden war.⁴¹ Es wurde befürchtet, dass eine Überdimensionierung Probleme der Leitung, Organisation, Planung und Finanzierung der Arbeit aufwerfen und Teilnahmemöglichkeiten der Arbeiter an Entscheidungen einengen konnte.⁴²

Die Zusammenfassung verschiedener „Herdades“ schien aber insbesondere bei Aufrechterhaltung des Sozialismus-Postulats insofern geboten, als einige Güter nur über schlechte Böden verfügten und andere vor der Besetzung weder mit Vieh noch mit Maschinen ausgestattet waren. Eine Annäherung der Lebensverhältnisse erforderte hier einen Ausgleich, der durch Zusammenlegung geschaffen werden sollte.⁴³

Kleinere Betriebe hätten die zur Arbeitskräfteabsorbierung notwendige Produktionsdiversifizierung vermutlich

schwerer realisieren können, hätten über weniger Kapital verfügt und auch einen rationellen Einsatz der wenigen höher qualifizierten landwirtschaftlichen Fachkräfte behindert. Bereits bei der Buchhaltung hatte sich dieses Problem selbst bei größeren UCP's gezeigt, weil geeignetes Personal schwer zu beschaffen war.⁴⁴

Der Gefahr einer durch Zentralisierung begünstigten Einengung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten an der Kooperativleitung versuchte man dadurch zu begegnen, dass man den einzelnen „Herdades“ Autonomie in der Betriebsführung gewährte. Zwar wurde der jährliche Plan einheitlich für die gesamte UCP gemeinsam von der Direktion und dem Finanzrat erstellt und von der Generalversammlung der Kooperanten diskutiert und beschlossen, seine Umsetzung oblag aber allein der aus der jeweiligen „Herdade“ hervorgegangenen gewählten Direktivkommission.⁴⁵



Anmerkungen:

- 5 Die PPD nannte sich ab Herbst 1976, „Sozialdemokratische Partei“ (PSD)
- 6 Cardoso hatte nach seinem Rücktritt vom Ministeramt Ende 1976 eine eigene linke Gruppierung gegründet. Vgl. Optenhögel, a.a.O., S.323 ff.-Gegenwärtig (1988) ist Cardoso Vizepräsident der PS-Parlamentsfraktion.
- 7 Dr. António Pereira Bica, Agraringenieur
- 8 Vítor Henrique Louro de Sá, Forstingenieur. Im Sommer 1977 war Louro Vorsitzender der Parlamentskommission für Land- und Fischwirtschaft
- 9 Die Bezeichnung „UCP“ wurde erstmals als „juristische Figur“ im Gesetzesdekret 406-B/75 benutzt. Borowczak, a.a.O., S. 161
- 10 Vgl. Barreto, a.a.O., S.234
- 11 Über die Anzahl permanenter Arbeitskräfte gibt es unterschiedliche Angaben. Das „Kabinet für Landwirtschaftsstudien“ der Portugiesischen Katholischen Universität geht von 30.703 Permanenten aus, Barreto jedoch von 40.052 und A. de Barros von 42.097. Vgl. Macedo, a.a.O., S.208; vgl. Barreto, a.a.O., S.234
- 12 Vgl. Barreto, a.a.O., S.234
- 13 Vgl. Teresa Almada, Diário da Reforma Agrária (Mem Martins 1984), S.315
- 14 Vgl. Jochen H. Bustorff, Tagebuch aus dem Alentejo (Hamburg 1981), S.115 f.-Für Barros ist gerade die Beteiligung von Maschinenverleihern ein interessanter und einzigartiger Aspekt der portugiesischen Agrarreform. Sie hatten ein Interesse an der Bodenbearbeitung, die 1974 / 75 von den Großgrundbesitzern häufig eingestellt worden war. Vgl. Barros, a.a.O., S.77
- 15 Vgl. Álvaro Bandarra / Nelly Jazra, A transformação das estruturas agrárias em Portugal, in: Economia e Socialismo. Nr.39 (1979; S.19 ff. (S.24 f.)
- 16 Vgl. Barros, a.a.O., S.129
- 17 Vgl. Álvaro Cunhal, A Revolução Portuguesa. O Passado e o Futuro. Relatório aprovado pelo CG do PCP para o VIII Congresso (Lisboa 1976), S.102; vgl. Barreto, a.a.O., S.242
- 18 Grohs / Cadete, a.a.O., S.67
- 19 Vgl. Barros, a.a.O., S.119
- 20 Innerhalb eines Jahres kamen 600.000 Menschen aus Afrika, was einen Bevölkerungsanstieg von acht Prozent bewirkte. Vgl. Barreto, a.a.O., S.89
- 21 In der zweiten Hälfte des Jahres 1974 gelang die Durchsetzung einer Kollektiven Arbeitskonvention, die Lohnerhöhungen, die 45-Stundenwoche und das Verbot ungerechtfertigter Entlassungen zum Inhalt hatte. Vgl. Secretariado e Uniões das UCP's e Cooperativas Agrícolas (Hg.), 5.a Conferência da Reforma Agrária (Évora 1981), Tema 4, Trabalhadores agrícolas em luta por melhores condições da vida, S.1
- 22 Vgl. Baptista, a.a.O., S.5
- 23 Vgl. Carlos Pimenta, Economia Portuguesa. Uma experiência, uma análise (Lisboa 1984), S.94; vgl. auch Wolfgang Sieber, Portugal und Europa - Thesen zu den möglichen Auswirkungen des EG-Beitritts Portugals, in: Vester u.a. (Hg.), a.a.O., S.162 ff.(S.168)
- 24 Vgl. Amaro, a.a.O., S.35
- 25 Nach Baptista waren die Hektarerträge bei Weizen zunächst sogar niedriger als vor der Revolution. Vgl. Baptista, a.a.O., S.7
- 26 Barreto, a.a.O., S.320
- 27 Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.156 f.; vgl. Baptista, a.a.O., S.6
- 28 Vgl. Bica, Cadernos..., a.a.O., S.40
- 29 Vgl. Eduardo Alves da Silva, Evolução da Situação económico-financeira das UCP's / Cooperativas, in: EC Economia, Nr.31, 6.Jg. (1981), S.44 ff. (S.45)
- 30 Vgl. Vítor Louro, Os trabalhadores têm as terras nas mãos mas não querem ser seus donos, in: Cadernos, a.a.O., S.43 ff.(S.44)
- 31 Vgl. Michael Vester, Die sanfte Revolution. Thesen zur Agrarrevolution in Südportugal 1975-1981, in: Vester u.a. (Hg.), a.a.O., S.75 ff. (S.87)
- 32 Vgl. Bica, a.a.O., S.15
- 33 Vgl. ebenda, S.17
- 34 World Bank (Hg.), a.a.O., S.195
- 35 Vgl. Avelas Nunes, Em Defesa da Reforma Agrária. Por uma estratégia de desenvolvimento que respeite a constituição, in: EC Economia, Nr.8, 2.Jg. (1977), S.23 ff. (S.35 f.); vgl. auch José Macário Correia, O sistema agro-alimentar alentejano e a localização das agro-indústrias, in: Congresso. . . , a.a.O., S.715 f.
- 36 Vgl. Nunes, a.a.O., S.34
- 37 Vgl. ebenda; S.33
- 38 Vgl. Barreto, a.a.O., S.244
- 39 Die größten Betriebe waren 1976 die UCP „Salvador Pomar“ in Escoural mit 20.000 ha, die UCP „12 de Maio“ in Montargil (17.000 ha) und weitere sechs mit jeweils über 10.000 ha. Vgl. Cunhal, Revolução ..., a.a.O., S.96
- 40 In ihrer Dimension haben sich die UCP's oft den sozialen und menschlichen Bedingungen angepasst und dem gewohnten Zusammenleben entsprochen. Vgl. Comissão (Hg.) ..., a.a.O., S.186
- 41 Vgl. Carlos Figueiredo, Limites das 'formações económicas diferenciadas' caso da Reforma Agrária, in: Economia e Socialismo, Nr.35 (1979), S.3 ff. (S.8)
- 42 Vgl. ebenda, S.10
- 43 Vgl. Louro, Cadernos ..., a.a.O., S.48
- 44 Auch 1983 verfügten nur 300 von 360 UCP's über ein Büro und regelmäßige Buchführung. Vgl. António Murteira, Agricultura no Sul. Apontamentos para reflexão, in: EC Economia, Nr. 47, 9.Jg. (1984), S.44 ff. (S.50)
- 45 Vgl. ebenda, S.51

3.3 Die Landarbeiter und die „freiwillige Kollektivierung“

Ähnlich erklärt sich die Tatsache, weshalb sich im Alentejo die „sofortige und freiwillige Kollektivierung“⁴⁶ anstelle einer individuellen Bodennutzung durchgesetzt hatte. Bei einer Teilung der vorhandenen Böden⁴⁷ in fünf bis zehn Hektar große Stücke hätten die Landarbeiter, denen oft das Notwendigste für den Familienunterhalt gefehlt hatte, die Felder nicht bestellen können, weil ihnen weder Geld noch Geräte und Vieh, weder Dünger noch Saatgut zur Verfügung gestanden hätten.

Die Region verfügte nur über einen geringen Anteil wertvoller Böden.

Bei einer von Borowczak zugrundegelegten Durchschnittsfläche von 6,7 ha für jede private Parzelle⁴⁸ wären unter diesen Voraussetzungen Betriebe dieser Größenordnung kaum lange lebensfähig gewesen. Impulse für die Modernisierung wären von ihnen nicht ausgegangen.⁴⁹

So war der Kollektivismus nicht nur ein Mittel der „wirtschaftlichen Verwaltung“⁵⁰, sondern eine Organisationsform, die die ökologischen und sozialen Verhältnisse nahe legten. Darüber hinaus entsprach der Kollektivismus, der sozialen Schutz bot, den Traditionen und Erfahrungen eines Landproletariats, das schon lange vom Bodeneigentum getrennt war und seinen Kampf seit Generationen nicht um persönlichen Bodenbesitz, sondern um sichere Arbeit und sicheren Lohn geführt hatte.⁵¹

Dass die Erde „allen und keinem“⁵² gehörte, war die vorherrschende Auffassung der Landarbeiter des Alentejo, die zwar das Eigentum des arbeitenden Kleinbauern anerkannten, nicht jedoch den latifundistischen Grundherrn.⁵³

Wo Gleichheit („igualdade“) und Einheit („unidade“) die „zentralen Werte“⁵⁴ der Landarbeiterkultur darstellten, ergaben sich die neuen Produktionsformen auch aus dem „Bewußtseinshorizont“ und den „Handlungsmöglichkeiten“⁵⁵ dieser Arbeiterschaft.

Gegner eines sozialistischen Agrarreformprojekts betrachteten jedoch die Kollektivgüter weniger als Ergebnis von Bestrebungen eines soziokulturell und organisatorisch zur Einheit tendierenden Landproletariats, das „unmittelbar Selbstbestimmung und Solidarität“⁵⁶ verwirklichen wollte, sondern fast ausschließlich als Frucht linker und kommunistischer Agitation. Von ihnen wurden die UCP's als eine

„Art ‚Fremdkörper‘“⁵⁷ innerhalb der portugiesischen Nation dargestellt, als eine durch die Lohnpraxis der Sowchosen verbesserte Kolchosenart⁵⁸, als ein Modell, das „aus der Sowjetunion importiert worden ist.“⁵⁹

Aus diesem Blickwinkel gesehen verrieten die UCP's nur „einen einzigen Lehrherrn - die Kommunistische Partei“⁶⁰, die die Arbeitermassen in den Kollektivgütern ihren „Befehlen“⁶¹ unterstellte.

Die These, die Landarbeiter hätten in den Auseinandersetzungen während des Faschismus und in den Monaten nach dem 25.April lediglich um Arbeit gekämpft, während ihr Enteignungen und Kollektivierung erst von der PCP als ideologische Ziele aufgedrängt worden seien⁶², suggerierte nicht nur das Vorhandensein anderer, systemkonformer Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten (beispielsweise auf Basis moderner kapitalistischer Agrarbetriebe); sie versuchte nicht nur, die politisch und sozial zentrale Frage der Beschäftigung zu beantworten, ohne dabei die Frage des Bodens zu stellen, sondern sie kleidete die Auseinandersetzung mit einer sozialistischen Reformkonzeption in das Gewand eines politischen „Befreiungskampfes“⁶³ gegen die Vorherrschaft der Kommunistischen Partei im Alentejo, einer Partei, „die die Forderung nach einer Agrarreform in den verschiedenen Phasen der nachrevolutionären Entwicklung immer eindeutig unterstützte“⁶⁴ und die „grundlegend für die ideologische und politische Orientierung der Landarbeiter“⁶⁵ war.

Politisch wurde die Agrarreform nach Borowczak „stets nur von der Kommunistischen Partei, dem ‚historischen Alliierten‘ der südportugiesischen Landarbeiter, verteidigt.“⁶⁶ Indem die Agrarreform aber als das ausschließliche Werk einer voluntaristischen Gruppe, einer von den Massen isolierten Avantgarde interpretiert wurde, wurde zugleich ihre demokratische Legitimität in Frage gestellt.

Die Landreform wurde reduziert auf ihre Fehler, Irrtümer, Übertreibungen und auf den Enteignungsakt

In diesem Sinne wurde der von Lopes Cardoso 1976 unternommene Versuch, Mängel des revolutionären Prozesses zu benennen, um sie zu korrigieren und die Agrarreform durchzusetzen, von Beginn an auch innerhalb der PS von agrarreformfeindlichen Kräften genutzt, die politischen Akzente gänzlich zu verschieben. So erklärte der führende PS-Funktionär und spätere Minister Sottomayor Cardia im April 1976 unmissverständlich, die PS werde die „Politik der Eliminierung der Latifundien konkretisieren und korrigieren, aber nicht nur der privaten, traditionellen Latifundien, sondern auch des Parteilatifundiums.“⁶⁷

Anmerkungen:

- 46 Borowczak, a.a.O., S.231

47 Von den fünf Bodengüteklassen A-E waren nur A,B und C für landwirtschaftliche Produktion geeignet, D und E nur für Weiden und Forstwirtschaft. D und E erreichten aber Anteile zwischen 63,9% im Distrikt Évora und 81,5% in Setúbal. Vgl. Macedo, a.a.O., S.20

48 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.234

49 Nach Francisco Borba, Staatssekretär für Agrarförderung in der III. und IV.Regierung, waren sogar 25 ha zum Überleben nicht ausreichend. Vgl. António Barreto, Memória da Reforma Agrária (Mem Martins 1983), S.284 f.

50 Barreto, a.a.O., S.318

51 Vgl. Pereira, a.a.O., S.42

52 Stucke, a.a.O., S.112

53 Vgl. Passos, a.a.O., S.150

54 Borowczak, a.a.O., S.213
- 55 Jüngst / Jülich, a.a.O.,S.75. – Selbst Barreto als Gegner des Kollektivsektors erkennt an, dass die Arbeiter bildungsmäßig, traditionell und technisch nicht auf eine Kleinbauernexistenz vorbereitet waren und dass die Armut der Kleinbauern auch keinen Anreiz zur Gründung einer solchen Existenz dargestellt hatte. Vgl. Barreto, a.a.O., S.319

56 Vester, Die sanfte Revolution, a.a.O., S.83

57 Barreto, a.a.O., S.243

58 Vgl. ebenda, S.183

59 Amândio de Azevedo, PSD-Parlamentsabgeordneter, zit. Nach Freundeskreis portugiesischer Landkooperativen (Hg.), Avante Suplemento Portugal. Nachrichten zur Lage in Portugal, Nr.5 (Hamburg 1982), S.1

60 Balabanian, a.a.O., S.260

61 Ferreira, a.a.O., S.619

62 Diesen Standpunkt vertritt Pereira, der aus dem Nichtvorhanden sein eines Wunsches
- nach individuellem Bodenbesitz schließt, auch der Wunsch nach Eigentumsänderung habe nicht bestanden. Für ihn steht die Agrarreform, vor allen Dingen aber die Bodenbesetzung auch nicht in der Tradition der Landarbeiterkämpfe. Vgl. Pereira, a.a.O., S.228 ff.

63 Auf diesen Aspekt wies u.a. der PS-Abgeordnete Jaime Gama 1977 in einer Rede vor dem Parlament hin: „In Zukunft werden wir uns wünschen bestätigen zu können, dass uns nicht das Monopol der Befreiung des Alentejo zukommt.“ Zit. nach Rosa, a.a.O., S.194

64 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.178

65 Stucke, a.a.O., S.120

66 Borowczak, a.a.O., S.249

67 Sottomayor Cardia im Interview mit Nachrichtenagentur ANOP, zit. nach Almada, a.a.O., S.345





4. Agrarreform unter Lopes Cardoso: Konsenssuche, Konflikte und Konsolidierung

4.1 Die Agrarreform und die Kleinbauern

Wenn es sich auch um oft „übertrieben dargestellte“¹ Konflikte gehandelt haben mochte, so führten die Spannungen zwischen Landarbeitern und kleinen und mittleren Produzenten, die zum Teil schon 1974 während der „colocação“² aufgetreten waren, doch insgesamt zu einer Schwächung des Rückhalts, auf den sich die Agrarreform in der Landbevölkerung stützen konnte.

Vom ländlichen Proletariat unterschieden sich die Kleinbauern der Latifundienzone vor allem durch ihr soziales und politisches Bewußtsein. Organisiertes und kollektives Handeln entsprach nicht ihren Existenz- und Produktionsbedingungen als Einzelbauern; Kampferfahrungen und Traditionen wie bei den Landarbeitern fehlten ihnen daher. Entsprechend ihrer bisherigen Rolle im ländlichen Produktionsprozess war ihr Bestreben zumeist auf Unabhängigkeit und individuelle Leitung eines eigenen Betriebs gerichtet.

Die Agrarreform, die von Beginn an auch zum Schutz der Interessen der Kleinbauern in und außerhalb der Region des Großgrundbesitzes aufgerufen hatte³, hatte in der Praxis im Süden diese Bauern weitgehend übergangen. Ihnen waren kaum Böden zugeteilt worden⁴ und es gab offenbar auch Anlass, vor übertriebener Eile in der Angleichung kleiner und mittlerer Bauern an das Landproletariat durch mehr oder weniger erzwungene Eingliederung in Kollektiveinheiten und vor Gewaltanwendung zu warnen.⁵

Nach Álvaro Cunhal gab es auch nur wenige Fälle, in denen echte Bauernkooperativen auf enteignetem Land gegründet worden waren.⁶ Dass den Bauern nicht mehr Land zugeteilt wurde, war also durchaus mehr als nur „ein kleiner Fehler“⁷ der Agrarreform, denn die Marginalisierung der Kleineigentümer im Reformprozess weckte Ressentiments und schuf Unzufriedenheit, die einen Teil dieser Klasse in ein Bündnis mit den im CAP organisierten Latifundisten und Großbauern trieb.⁸

Das für die Agrarreform und den revolutionären Prozess von Kommunisten, linken Sozialisten und unabhängigen Linken als wichtig erkannte Klassenbündnis zwischen Kleineigentümern und Landarbeitern kam so nicht zustande, da an der Basis das „Grundproblem dieser Regionen: die Verwirklichung des Bündnisses im eigenen Sozialfeld, in dem man sich betätigt“⁹, nicht gelöst wurde.

Der Anfang Januar 1976 aus dem PCP-Lager gekommene Hinweis auf die Bereitschaft der Arbeiter, bei der Besetzung begangene Fehler zu korrigieren¹⁰, die Ratschläge António Bicas und Sérgio Vilarigues¹¹, man solle die Bauern von der

Gegenrevolution trennen, indem man ihnen Land zuteilte¹² und die von Louro bereits konstatierten Fehlerkorrekturen¹³ dürften für eine grundlegende Wende im Verhältnis Agrarreform und Kleinbauern zu spät gekommen sein.

Es blieb konservativen Kräften vorbehalten, diese Situation später für sich zu nutzen.

Nach Barros gab es seltene Fälle, in denen sich Kleinbauern an Besetzungen beteiligt hatten; in weniger seltenen Fällen hatten sie Besetzungen und Versammlungen unterstützt, aber nur gelegentlich erhielten sie selbst eigenes Land.¹⁴ Um so schwerer wog, dass es am Rande der Landbesetzungen 1975 auch zur Besetzung einiger kleiner Höfe gekommen war.

Während Barreto meint, die Zahl der von Besetzungen betroffenen Bauern habe vermutlich zwischen 600 und 1000 gelegen und die besetzte Fläche 25.000 bis 35.000 ha umfasst¹⁵, stützt sich Barros auf die Analyse einer Studienkommission des MAP, die von Dezember 1975 bis November 1976 die Probleme der Anwendung der Agrarreformgesetze untersuchte. Danach waren 21.000 ha besetzt worden, die Kleinbauern gehört hatten. Das entsprach 1,3% der nach dem Enteignungsgesetz zu enteignenden Fläche von 1,6 Millionen Hektar beziehungsweise 1,9% der besetzten Fläche.¹⁶ Diese Besetzungen waren nicht durch das Gesetz gedeckt. Sie waren oft im Zuge der Besetzung von Latifundien erfolgt, wenn sich in deren Mitte oder unmittelbaren Umgebung Felder von Kleinbauern befunden hatten. Von den im Distrikt Évora gezählten 250 Konfliktfällen mit Pächtern, Saisonpächtern und Kleinbauern wurden bis Mitte 1976 202 geklärt. 1978 waren noch 106 Fälle ungeklärt, in denen der Streit um 3336 ha geführt wurde.¹⁷

Obwohl also insgesamt nicht mehr als eine periphere Erscheinung eines revolutionären Prozesses, war der angerichtete politische und psychologische Schaden doch beträchtlich. Diese Feststellung gilt vielleicht noch mehr für die Kleinbauernmassen des Nordens, deren Lebensverhältnisse sich durch die Revolution nur wenig verändert hatten¹⁸ und die nun mit dem Beispiel „expropriierter Bauern“ erschreckt wurden.

Landwirtschaftsminister Cardoso hatte versucht, die Kleinbauern, von denen einige in Orten des Zentrums und Nordens mit dem CAP, der PPD und dem CDS gegen die Agrarreform demonstriert hatten, mit Aufklärungsbroschüren darüber zu informieren, was die Agrarreform bedeutete.¹⁹ Kurzfristig konnten diese Bemühungen jedoch nicht zuletzt auch deswegen nur wenig bewirken, weil die in der „heißen“ Phase der Revolution beschlossenen neuen Pachtgesetze, die den Kleinbauern und Pächtern des Nordens am besten

hätten demonstrieren können, was Agrarreform bezweckte, nicht „griffen“, teilweise zurückgenommen worden waren oder ihre Anwendung von den Lokalgewalten hintertrieben wurde.²⁰

Cardoso weigerte sich, die von ihm für notwendig erachteten Korrekturen auf einer anderen als auf der Grundlage des Dialogs und der Diskussion mit den Landarbeitern vorzunehmen; staatliche Autorität sollte nur im Notfall eingesetzt werden.²¹

Für den CAP und das CDS waren Besetzungen und Enteignungen grundsätzlich illegale Akte, die sich lediglich auf eine von den „am rechten Rand des portugiesischen Parteienspektrums“²² stehenden Zentrumsdemokraten niemals anerkannte revolutionäre Legitimität berufen konnten.

Der Empfang, den Ministerpräsident Azevedo dem CAP

am 30. Januar 1976 gewährte, war ein Erfolg für diese Kräfte, erhielten sie doch die Zusage, dass auf weitere Enteignungen verzichtet werden sollte, solange nicht der Status des besetzten, aber noch nicht enteigneten Landes geklärt war.²³

Die real existierenden Probleme wurden so ganz im Sinne des CAP, aber im Widerspruch zu ihrer wirklichen Dimension in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Nicht von Recht, sondern von Unrecht wurde im Zusammenhang mit der Agrarreform gesprochen; ihre Anhänger wurden in eine Defensivposition gebracht.

Es war ein wichtiger Schritt bei dem Versuch, die Agrarreform moralisch zu diskreditieren.

Zugleich erschienen die Bemühungen begründet, den Reformprozess stärkerer staatlicher Kontrolle zu unterwerfen und ihn zu disziplinieren.

4.2 Die Parteienplattform 1976

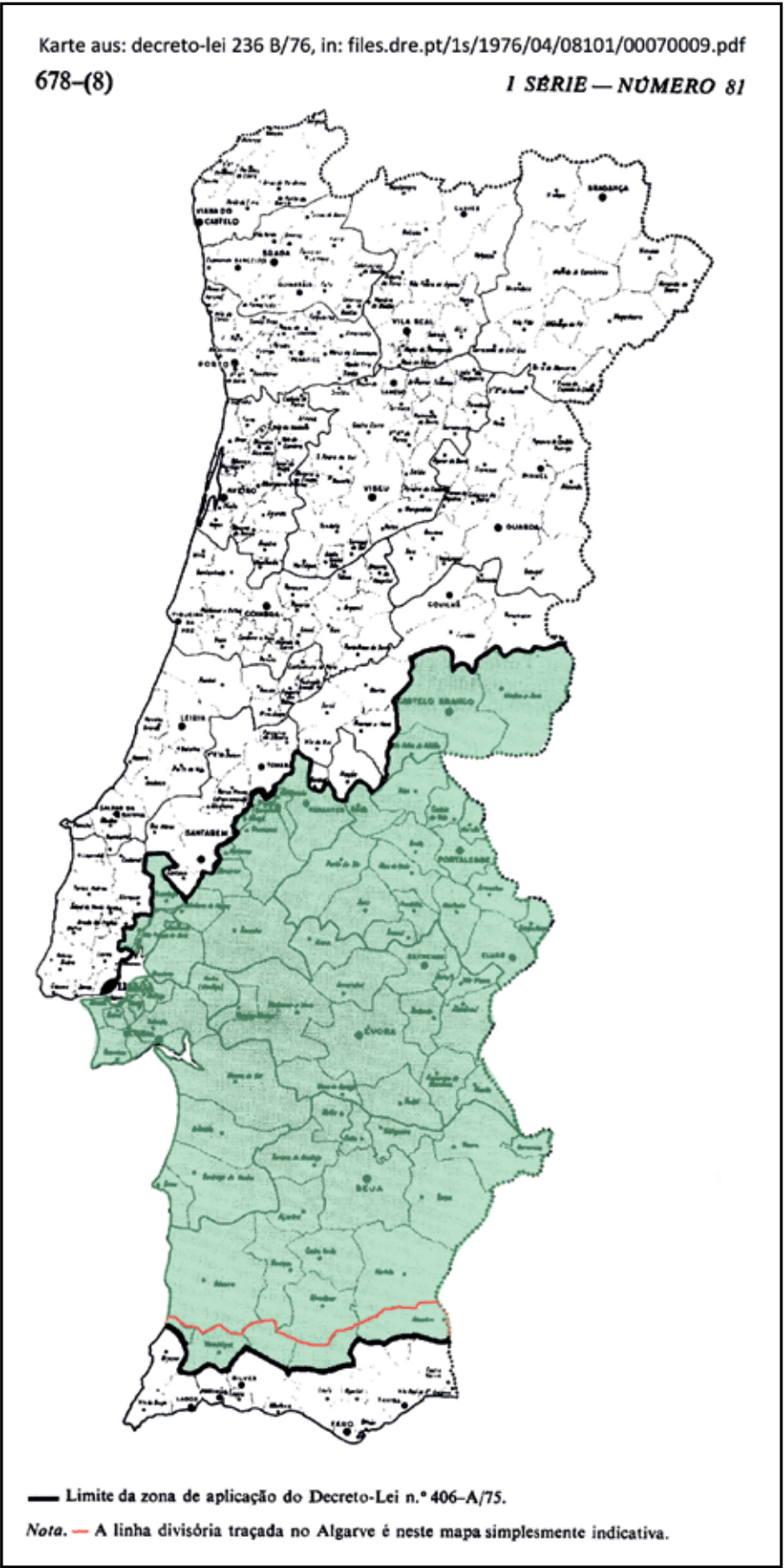
Die im Dezember 1975 aufgenommenen Parteienverhandlungen über die Agrarreform²⁴ zielten in diese Richtung; sie waren aber auch ein Versuch, in der Frage der Agrarreform sowohl innerhalb der Parteien selbst²⁵ als auch auf gesellschaftlicher Ebene ein Kompromissgleichgewicht zu etablieren. Das entsprach dem „gesellschaftlichen Patt“²⁶, das sich nach dem 25. November 1975 herausgebildet hatte.

Im Januar 1976 einigten sich PS, PPD und PCP auf eine „Parteien-Plattform“²⁷, die einerseits die in der Latifundienzone geschaffenen Tatsachen weitgehend anerkannte und mit der man andererseits auf Enteignungen im Norden „endgültig“²⁸ verzichtete. Nach Barreto war die Rechte froh, dass die Agrarreform geographisch eingegrenzt wurde und die PCP zufrieden, weil eine „Errungenschaft“ geschützt worden war.²⁹ Die Übereinkunft erhielt durch Veröffentlichung der „decreto-leis“ 236-A/76 und 236-B/76 am 5. April 1976 Gesetzeskraft; weitere legislative Maßnahmen folgten.³⁰

Die Anwendung der Gesetze von 1975 wurde auf eine genau geographisch definierte Agrarreformzone (ZIRA) begrenzt, die die Distrikte Beja, Évora, Portalegre und Setúbal sowie drei Kreise des Distrikts Castelo Branco, zwei Kreise des Distrikts Lissabon, elf Kreise im Distrikt Santarém sowie dreizehn Gemeinden des Distrikts Faro umfasste.³¹

(Siehe Karte rechts)

Mit 3.640.153 ha Gesamtfläche machte die Zone etwa 41% des portugiesischen Territoriums aus.³² Kultiviert, das heißt forst- und landwirtschaftlich genutzt wurden 3.465.997 ha (95,2%), was einem Anteil von 45,6% der kultivierten Fläche Portugals entsprach.³³ In der ZIRA lebten 16,3% der portugiesischen Bevölkerung.³⁴



(© Karte ZIRA 1976)

Anmerkungen:

1 Borowczak, a.a.O., S.174
2 Gemeint ist die in der zweiten Hälfte 1974 zum Teil durch die Kollektivverträge erzwungene Unterbringung („colocação“) von Arbeitskräften auf den Landgütern. Vgl. Jacques Frémontier, Portugal. Die Nelken sind verwelkt (Berlin / Weimar 1978), S.274
3 Vgl. Hanke, a.a.O., S.57.- Borowczak bezeichnet das Pachtgesetz vom April 1975 als „Ansatz zu einer Bodenbesitz- und Bodenbewirtschaftungsreform“. Borowczak, a.a.O., S.88
4 Vgl. Bica, Cadernos..., a.a.O., S.37; vgl. Hanke, a.a.O., S.77 f.
5 Vgl. Álvaro Cunhal, Zur portugiesischen Revolution. Reden 1974 – 1979 (Frankfurt / M., 1979), S.108
6 Vgl. Cunhal, Revolução, a.a.O., S.103
7 Comissão (Hg.) ..., a.a.O., S.185
8 Vgl. Mahlau, a.a.O., S.55
9 Cunhal, Zur portugiesischen ..., a.a.O., S.107.- Die entscheidende Bedeutung dieses Mangels war auch Álvaro Cunhal völlig klar, der resümierte: „Die portugiesische Revolution zählt als einen ihrer schwersten Fehler, den Interessen und Bestrebungen der kleinen Landwirte nicht die adäqua-

te Antwort gegeben zu haben.“ Cunhal, Revolução, a.a.O., S.104. – Insofern trifft die Auffassung Barretos, der Bruch mit den Kleinbauern, Pächtern und kleinen Eigentümern sei einer der wichtigsten Fehler der PCP gewesen, nicht den Kern der Sache. Vielmehr scheint Vesters These bestätigt, dass die Basisbewegung im Alentejo auch von der PCP nicht umfassend zu kontrollieren war und ihre Dynamik die Bewegung auch in gelegentlichen Widerspruch zur PCP-Strategie brachte. Vgl. Barreto, a.a.O., S.188; vgl. Vester, Die sanfte Revolution..., a.a.O., S.85. – Diesen Standpunkt vertritt auch Borowczak: „Die PCP war ... unfähig, den politischen Voluntarismus und das soziale Sektierertum ihrer Mitglieder und Sympathisanten ...politisch zu überwinden und so über verbale Allianzen ohne sozialen Inhalt hinwegzukommen.“ Borowczak, a.a.O., S.257
10 Vgl. Almada, a.a.O., S.294 f.
11 Sérgio Vilarigues, 1976 Mitglied des ZK und der Politischen Kommission der PCP
12 Vgl. Bica, Cadernos..., a.a.O., S.37 f.
13 Vgl. Louro, Cadernos..., a.a.O., S.46
14 Vgl. Barros, a.a.O., S.77

15 Vgl. Barreto, a.a.O., S.314
16 Vgl. Barros, a.a.O., S.80; vgl. Borowczak, a.a.O., S.174
17 Vgl. Barros, a.a.O., S.80
18 Bis Mai 1976 konnten auf Basis des Pachtgesetzes 201/75 vom 15.4.1975 lediglich 50.000 Pachtverträge abgeschlossen werden. Es gab aber 300.000 Pächter. Vgl. Rosa, a.a.O., S.38
19 Vgl. Lopes Cardoso na posse da Comissão de Análise: Reforma Agrária, “cavalo de baltalha” das forças reacçãoárias, in: Cadernos..., a.a.O., S.57 ff. (S.54)
20 Vgl. Rosa, a.a.O., S.56 f.
21 Vgl. Cardoso, Cadernos..., a.a.O., S.54
22 Werner Herzog, Portugal, in: Joachim Raschke (Hg.), Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte, Programm, Praxis. Ein Handbuch (Reinbek 1981), S.433 ff. (S.450)
23 Bis zu diesem Zeitpunkt waren von den enteignungsfähigen 1,6 Mio. ha rund 990.000 ha besetzt worden, davon waren bis einschließlich Januar 1976 nur 410.645 ha enteignet worden. Vgl. Macedo, a.a.O., S.193; vgl. Barreto, a.a.O., S.228

Der Anteil der in der Landwirtschaft Aktiven lag 1970 bei 38,6 Prozent.³⁵

Der in der ZIRA 1968 vorherrschende landwirtschaftliche Betriebstyp war der selbständige Betrieb. Pacht oder

Zupacht wurden ebenfalls stark in Anspruch genommen.³⁶ 1968 verfügten die Betriebe über 20 ha (11,1% der Gesamtzahl) über 88,2% der Flächen. Von den portugiesischen Betrieben dieser Größenklasse waren 42,1% in der ZIRA angesiedelt.³⁷ (Siehe Tabellen I-III)

I. Bodenbewirtschaftungsregime der Landwirtschaftsbetriebe der ZIRA (1968)					
Fläche der selbständigen Betriebe zur Fläche aller landwirtschaftlichen Betriebe in ZIRA		Auf die Pachtbetriebe entfallender Flächenanteil der ZIRA		Auf die gemischten Betriebe entfallender Flächenanteil der ZIRA	
unter 20 ha	über 20 ha	unter 20 ha	über 20 ha	unter 20 ha	über 20 ha
6,90%	37,50%	2,10%	13,80%	2,80%	36,90%
44,40%		plus	15,90%	39,70%	
44,4% + 15,9% = 60,3% Privatsektor		plus	15,9% + 23,8% = 39,7% Pachtsektor	davon 23,8% Pacht, 15,9% privat	

II. VERTEILUNG DER AKTIVEN BEVÖLKERUNG IN DER ZIRA NACH SEKTOREN (IN PROZENT, 1970)				
Sektor I: Landwirtschaft Sektor II: Industrie Sektor III: Dienstleistungen				
DISTRIKT	I	II	III	
Beja	63,6	12,1	24,3	
Castelo Branco	49,9	22,3	27,8	
Évora	50,0	19,7	30,3	
Lisboa	18,0	46,9	35,1	
Portalegre	57,9	15,1	27,0	
Santarém	47,5	23,0	29,5	
Setúbal	20,2	39,9	39,9	

aus: Geografia da Reforma Agrária, Mem Martins 1985, S.79

III. AGRARSTRUKTUR DER DISTRIKTE DER ZIRA 1968			
A) Anteil der Betriebe über 20 ha an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe der Distrikte (in Prozent)			
B) Anteil der Betriebe über 20 ha an der Gesamtfläche landwirtschaftlicher Betriebe (in Prozent)			
DISTRIKT	A	B	
Beja	20,0	88,9	
Castelo Branco	8,2	79,5	
Évora	13,7	93,4	
Lisboa	3,1	58,5	
Portalegre	12,0	90,4	
Santarém	5,1	82,2	
Setúbal	7,9	86,3	

aus: Geografia da Reforma Agrária, Mem Martins 1985, S.93

Die meisten Betriebe unter 20 ha Größe fielen durch ihren hohen Anteil familiärer Arbeitskräfte (1968: 68,4%) auf³⁸; der am häufigsten vertretene Arbeitskräftetyp war jedoch mit Abstand der Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter, während die „permanentes“ mit 2,2% in den Betrie-

ben unter 20 ha und 15,1% in den Betrieben über 20 ha überall nur eine Minderheit darstellten.³⁹ Die Lohnabhängigen und familiären Arbeitskräfte stellten 1970 noch 83,5% der in der Landwirtschaft der ZIRA aktiven Bevölkerung.⁴⁰ (siehe Tabellen IV bis V)

IV. ZUSAMMENSETZUNG DER ARBEITSKRÄFTE IN DER LANDWIRTSCHAFT NACH DISTRIKTEN, 1968 (IN PROZENT)			
DISTRIKT	FAMILIE	PERMANENTE	SAISONARBEITER
Beja	15,8	18,4	65,3
Castelo Branco	15,4	10,4	74,2
Évora	6,4	17,1	76,5
Lisboa	1,2	3,8	95,0
Portalegre	10,1	19,4	70,5
Santarém	4,1	9,3	86,6
Setúbal	8,3	18,0	73,7

aus: Geografia da Reforma Agrária, Mem Martins 1985, S.110

V. ZUSAMMENSETZUNG DER BEVÖLKERUNG DER ZIRA 1960 UND 1970 (IN PROZENT)				
	AKTIVE INSGESAMT		AKTIVE IN LANDWIRTSCHAFT DER	
	1960	1970	1960	1970
1. Patrões*	4,6	1,6	3,9	1,5
2. Isolados**	7,8	13,2	6,1	15,0
3. Lohnabhängige	85,1	83,7	90,0***	83,5***
4. Mithelfende Familienangehörige u.a.	2,5	1,5		

* Patrões sind Selbständige mit einem oder mehreren Angestellten
** Isolados sind Selbständige ohne Angestellte
*** Lohnabhängige und mithelfende Familienangehörige zusammengekommen

aus: Geografia da Reforma Agrária, Mem Martins 1985, S.43 und 58

Insgesamt 1.142.237 ha Land waren in der ZIRA bis 1978 enteignet oder nationalisiert worden. Davon entfielen 73,7% auf die Distrikte Évora, Beja und Portalegre.⁴¹ Die Zahl der von Enteignungen betroffenen Personen belief sich auf 1.238⁴² nach anderen Angaben lag sie noch darunter.⁴³

Vester weist darauf hin, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche der ZIRA 1976 „geradezu klassisch“⁴⁴ nach dem

Prinzip einer gemischten Wirtschaft aufgeteilt war: Auf die alten Besitzer, die Kleinbauern und die neuen Produktionseinheiten entfielen jeweils rund eine Million Hektar. Allerdings waren in der zweiten Aprilhälfte 1976 von 1.160.527 ha okkupierter Gesamtfläche erst 545.000 ha auch rechtmäßig enteignet worden.⁴⁵

Es war daher vorauszusehen, dass um diese schon besetz-

ten, aber noch zu enteignenden Gebiete weiter gerungen werden sollte. In dieses Ringen griff die Parteienplattform indirekt ein, indem sie forderte, den „Landbesetzungen ein Ende“⁴⁶ zu setzen. Durch die Kritik an auf diese Art „vollendeten Tatsachen“⁴⁷ wurde anerkannt, dass es weniger die 1975 geschaffenen Gesetze als die Besetzungsaktionen der Landarbeiter gewesen waren, die letztendlich auch zur Enteignung der besetzten Böden gezwungen hatten.⁴⁸

Folglich musste, wer weitere Enteignungen vermeiden wollte, diese Entwicklungsdynamik brechen und der Landarbeiterbewegung die Initiative bei der Verwirklichung der Agrarreform wieder nehmen.

Es war beabsichtigt, den revolutionären Prozess zu zügeln und ein sich der Kontrolle von Regierung und Staat entziehendes paralleles Machtzentrum, das zudem den Kommunisten als der schwächsten Kraft innerhalb der VI. Provisorischen Regierung zum Aufbau von Gegenmacht verhalf, zu beseitigen.⁴⁹

Dementsprechend übertrug die Parteienplattform dem Staat die alleinige Kompetenz bei der Durchführung der Agrarreform, die sich bis dahin „praktisch ohne Kontrolle und Einrahmung von Seiten der staatlichen Organe“, denen die „Führung gerade zukäme“⁵⁰, entwickelt hatte.

Die auf der Parteienvereinbarung basierenden Gesetze legten fest, dass Grundstücke, die mehr als 50.000 Bodenwertpunkte, aber nicht mehr als 30 ha Größe erreichten, von Enteignungen auszunehmen waren.⁵¹ In den Jahren 1974/75 verübte Wirtschaftssabotage führte ebenfalls nicht mehr zu Enteignung.⁵² Investitionen, die nach dem 29. Juli 1975 getätigt worden waren, sollten bei der Punktbewertung unberücksichtigt bleiben, um Investoren die Angst vor Enteignung zu nehmen und Betriebsverbesserungen nicht zu behindern.⁵³

Im Sinne der Agrarreformgesetze von 1975 festgelegt wurde erstmals der Status der enteigneten Böden, die zum „património nacional“ (Nationalbesitz) erklärt wurden, was ihre individuelle Aneignung von nun an ausschloss. Anstelle eines freien Verfügungsrechts erhielten die neuen Produktionseinheiten das Recht auf Bodennutzung („uso da terra“).

Als Gegenleistung sollte eine Art Grundsteuer erhoben werden mit dem Ziel, die im neuen Sektor bestehenden unterschiedlichen Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion (Differentialrenten) auszugleichen.⁵⁴

Waren bereits die Agrarreformgesetze des Sommers 1975 im Vergleich zu manchen bürgerlichen Bodenreformen recht großzügig mit Reserverecht und Entschädigungen

umgegangen⁵⁵, so wurden diese Regelungen mit den auf der Parteienplattform basierenden Änderungsgesetzen des Frühjahrs 1976 noch einmal und gegen den Widerstand der Kommunisten⁵⁶ zugunsten der Enteigneten erweitert:

Unabhängig von der Punktbewertung durfte die Reserve nicht kleiner als 30 ha sein⁵⁷ und sie brauchte nicht mehr selbst bewirtschaftet zu werden, sondern der „reservatário“ konnte sie auch verpachten.⁵⁸ Dem lag die Überlegung zugrunde, dass nach dem Enteignungsgesetz zwar durch den Zwang zur Selbstbewirtschaftung dem Absentismus der Reserveempfänger vorgebeugt werden konnte, nicht jedoch dem Absentismus der von Enteignungen nicht betroffenen Grundbesitzer.

Cardosos Hoffnung war, dass die Neuregelung ehemalige Großgrundbesitzer dazu bewegen würde, ihre Reserven an die neuen Produktionseinheiten zu verpachten, anstatt sie gezwungenermaßen selbst zu bewirtschaften.⁵⁹ Aus diesem Grunde wurde den „Neuen Produktionseinheiten“ (NUP's) auch Präferenz im Falle einer Reservenverpachtung eingeräumt.⁶⁰ Dennoch war am Ende Cardoso's „Rechnung... nicht aufgegangen“⁶¹; die Verpachtung an Kooperativen blieb die Ausnahme. Diese Ausdehnung des Reserverechts hatte daher in erster Linie die Flächenreduzierung des Reformsektors zum Ergebnis.

Bei der Festlegung der Reservegebiete durften die bestehenden NUP's nicht in ihrer wirtschaftlichen Existenzfähigkeit beeinträchtigt werden.⁶² So wertvoll diese Ergänzung zum Enteignungsgesetz für die Kooperativen war, so war die Auflage, dass Reserven nur innerhalb der enteigneten Güter oder in unmittelbarer Nähe zu wählen waren⁶³, von zweifelhaftem Wert, barg doch die Nachbarschaft von enteigneten Großgrundbesitzern und „enteignenden“ Landarbeitern die Gefahr ständiger Spannungen in sich.

Die Kleinbauernproblematik nahm in der Vereinbarung der Parteien breiten Raum ein. Lopes Cardoso war der Ansicht, mit der Desokkupation unrechtmäßig besetzten Landes der Entwicklung der Agrarreform zu dienen und ihren Gegnern Argumente zu nehmen.⁶⁴

Seine Positionen fanden Eingang in das Plattformdokument, das von einer „schwer zu schätzenden, aber nicht ignorierbaren Anzahl von Fällen“⁶⁵ zu berichten wusste, in denen Rechte der Klein- und Mittelbauern verletzt worden waren. Es forderte, den kleinen und mittleren Bauern „die Respektierung ihres Status“ zu garantieren, darüber hinaus sollten sie „in Bezug auf den Zugang zum Boden Nutzen aus der Agrarreform ziehen... Allen Formen von Druck, der versucht, sie gegen ihren Willen in kollektive Produktionseinheiten zu integrieren“, sollte „ein Ende gesetzt werden...“⁶⁶

Von der im September 1976 auf Grundlage des Gesetzes 492/76 vom 23. 6. 1976 anlaufenden Desokkupation waren schließlich 110-150 kollektive Produktionseinheiten betroffen.⁶⁷ Das Gesetz 489/76 schuf eine Übergangsregelung für das laut Parteienvereinbarung innerhalb von sechzig Tagen zu schaffende Entschädigungsgesetz.

In den Fällen, in denen der Unterhalt hauptsächlich aus Erlösen des enteigneten Betriebs bestritten worden war, war eine auf die spätere endgültige Entschädigung anzurechnende monatliche Rente von maximal 8.500 Escudos vorgesehen.⁶⁸

Die Höhe dieser Rente stieß bei vielen Landarbeitern, auf Unverständnis und Empörung.

Die Löhne und Renten der arbeitenden Landbevölkerung waren weitaus niedriger.⁶⁹ Abgesehen davon, dass Entschädigungen für Enteignungen von der Gesellschaft

zumeist nicht unter politischen und ökonomischen, sondern unter moralischen Gesichtspunkten und als Anerkennung der Rechtmäßigkeit früherer Besitzverhältnisse betrachtet werden, wurden durch diese Form der Entschädigung Finanzmittel gebunden, die der Agrarsektor dringend benötigt hätte.

Trotz des mit der Parteienvereinbarung unternommenen Versuchs, die Agrarreform auf administrativem Wege zu regulieren und die Entscheidung über Ausmaß und Art und Weise ihrer Verwirklichung nicht mehr den Landarbeitern, sondern dem Staatsapparat und damit auch dem Kräftespiel der politischen Parteien zu überlassen; trotz der Veränderungen des Reserve- und Entschädigungsrechts und vor allem der territorialen Beschränkung der Gültigkeit der Agrarreformgesetze; trotz dieser klaren Zugeständnisse „an die Rechten“⁷⁰ hätte die Übereinkunft dem Kollektivsektor dennoch als Basis für eine Konsolidierung dienen können, da sie zumindest seinen Bestand sicherte.

Anmerkungen:

24 Vgl. Barreto, a.a.O., S.175

25 Nach Barreto war die PS in der Frage der Agrarreform gespalten; für Soares bestand sie nur aus Bodenbesetzungen und das Agrarreformgesetz war nur ein „Gesetz zur Kollektivierung der Böden... Die Böden wurden alle unabhängig vom Gesetz oder sogar gegen das Gesetz besetzt.“ Soares in „Comércio do Porto“, 1.3.1976, zit. nach Barreto, a.a.O., S.177

26 Rother, a.a.O., S.115

27 Vgl. Wortlaut der Erklärung „Princípios fundamentais a respeitar no prosseguimento da reforma agrária na zona de intervenção“, in: Cadernos..., a.a.O., S.95 ff.

28 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.166

29 Vgl. Barreto, a.a.O., S.91 f.

30 In gleicher Weise wie das Enteignungsgesetz wurde durch „decreto-lei“ 248/76 vom 7.4.1976 das Nationalisierungsgesetz 407-A/75 geändert. Vgl. Borowczak, a.a.O., S. 178, vgl. Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.119

31 Vgl. Rosa, a.a.O., S.53 f.

32 Vgl. Macedo, a.a.O., S.19

33 Vgl. ebenda, S. 21

34 Vgl. ebenda, S.33

35 Vgl. ebenda, S.45

36 Vgl. ebenda, S.97

37 Vgl. ebenda, S.91

38 Vgl. ebenda, S.101

39 Vgl. ebenda

40 Vgl. ebenda, S.58

41 Vgl. ebenda, S.228

42 Vgl. ebenda, S.232 ff.

43 Nach Barreto wurden insgesamt 931.827 ha enteignet, die fast alle vorher auch besetzt worden waren. Das betraf 3.623 Güter und fast 1.000 Eigentümer. Vgl. Barreto, a.a.O., S.229

44 Vester / Barros, a.a.O., S.14

45 Vgl. Barros, a.a.O., S.101

46 Zit. nach Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.116

47 Ebenda, S.114

48 Ähnliches stellt Feder für Lateinamerika fest, wo Landbesetzungen Regierungen manchmal „zu beachtlichen Reformmassnahmen“ gezwungen hatten. Feder, a.a.O., S.51

49 Dementsprechend hatte Soares in einem Interview erklärt: „Wir haben die demokratische Verwaltung der Unternehmen durch die Arbeiter gefördert; Selbstverwaltungsexperimente angeregt, die noch im Versuchsstadium steckten und alle Formen der direkten Demokratie ermutigt, unter der Voraussetzung, dass daraus nicht eine parallele, den demokratischen und repräsentativen Staatsapparat bedrohende Macht wurde.“ Mário Soares, Portugal – Welcher Weg zum Sozialismus? Interview mit Dominique Pouchin (Westberlin 1976), S.83

50 Parteienplattform, zit. nach Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.114

51 Vgl. Rosa, a.a.O., S.53 f.

52 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.177

53 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.116

54 Vgl. Barreto, a.a.O., S.245

55 Ähnliche Rechte gab es – wie „Verteidiger“ der Agrarreform betonten – weder in England im 16. Jahrhundert noch in Frankreich 1792/93 oder in Portugal 1834-1866. Vgl. Comissão (Hg.)..., a.a.O., S.26

56 Vgl. Álvaro Cunhal, Os chamados governos de iniciativa presidencial I, Discursos Políticos 13 (Lisboa 1980), S.73

57 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.119

58 Vgl. Borowczak, a.a.O., S.177

59 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.45

60 Vgl. Parteienplattform, zit. nach Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.114 f.

61 Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.45

62 Vgl. Barreto, a.a.O., S.264

63 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.117

64 Vgl. Cardoso, a.a.O., S.148

65 Parteienplattform, zit. nach Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.114 f.

66 Ebenda

67 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.) ..., a.a.O., S.119

68 Vgl. ebenda

69 Ein Mindestlohn für Landarbeiter von 3500 Escudos monatlich wurde erst Anfang 1977 eingeführt. Die Monatsrenten lagen bei 600 Escudos für Frauen und 900 Escudos für Männer. Vgl. Eugénio Rosa, O fracasso dos governos de direita em Portugal (1978 a 1981). Do governo PS/CDS ao governo Pinto Balsemão / Freitas do Amaral (o.O., 1982), S.49; vgl. Rother, a.a.O., S.188

70 Rosa, a.a.O., S.54

4.3 Konkurrenz und Gegenmodell: Cardosos „freie Kooperativen“

Sowohl Cardoso als auch PS-Generalsekretär Soares waren davon überzeugt, dass die Landarbeitergewerkschaft des Alentejo „eine von der Kommunistischen Partei kontrollierte Organisation“ darstellte und die PCP über sie indirekt auch „die Mehrheit der kollektiven Produktionseinheiten“⁷¹ kontrollierte. Anders aber als Soares, der zusammen mit dem PCP-Einfluss auch die Agrarreform in ihrer existierenden Form beseitigen wollte, weil sie nach seiner Meinung die Region an den Rand des Bankrotts gebracht hatte⁷², führte Cardoso die Auseinandersetzung mit der PCP in der Absicht, ihr die „Fahne der Agrarreform“⁷³ - und damit die Landarbeiter - nicht allein zu überlassen. Der PCP warf er vor, bis November 1975 Schlüsselpositionen im Staatsapparat wie zum Beispiel im Arbeits- und Landwirtschaftsministerium dazu genutzt zu haben, ein seiner Ansicht nach auf Zentralisierung politischer und ökonomischer Entscheidungen zielendes Gesellschaftsprojekt zu verankern und den Gewerkschaften Aufgaben zu übertragen, die ihnen nach dem Sozialismus-Verständnis Cardosos nicht zukamen.⁷⁴

Cardoso widersprach nicht dem sozialistischen Ziel, sondern der Sozialismus-Konzeption der PCP, der er im Alentejo in Gestalt der „autonomen Kooperativen“ ein Konkurrenzmodell entgegensetzen versuchte.

Doch ähnlich wie seiner Kritik an Fehlern der Agrarreform, die von großen Teilen der PS, wie Cardoso selbst einräumt, nicht als Lektion einer Erfahrung, sondern nur als „Argument einer antikommunistischen Kampagne“⁷⁵ begriffen und genutzt wurde, erging es seiner Politik der „organisatorischen Verankerung in der Kooperativenbewegung.“⁷⁶

Die Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte und das Erstarken auf Restauration ökonomischer Machtverhältnisse gerichteter politischer Strömungen innerhalb und außerhalb der PS erlaubten vorerst keine Experimente mit alternativen Selbstverwaltungsmodellen, wenn der Agrarreformsektor nicht der Gefahr der Spaltung ausgesetzt werden sollte.

Diese Gefahr bestand aber, da Cardoso die PS gerade auf Kosten des Kollektivsektors zu profilieren suchte. Sein alternatives Kooperativenmodell definierte sich wesentlich durch den Anspruch, die Selbstverwaltung ohne gleichzeitige „Bevormundung“ durch die kommunistisch beeinflusste Landarbeitergewerkschaft zu garantieren.⁷⁷

Cardosos „freie Kooperativen“ gerieten daher von Beginn an auf die schiefe Ebene einer Frontstellung gegen die UCP's, in denen die PCP Einfluss besaß. Der Eindruck,

die PS habe die Bewegung spalten wollen, um eine „eigene organisatorische Repräsentanz im Agrarreformsektor zu etablieren“⁷⁸, musste sich verfestigen, da das MAP dazu übergegangen war, Kooperanten bestehender UCP's mit dem Angebot höherer Löhne, eines 13. Monatsgehalts und Urlaubsgelds sowie besserer Kreditbedingungen zur Abspaltung und Gründung von Klein- und Kleinstkooperativen zu bewegen.⁷⁹

Diese Kooperativen sollten ökonomischer wirtschaften als die großen UCP's und sich durch ein demokratischeres Innenleben auszeichnen. Der Nachweis größerer ökonomischer Effizienz hätte durch den Wettbewerb verschiedener gleichberechtigter kooperativer Organisationsformen erbracht werden können; die von Cardoso initiierte Bewegung orientierte jedoch auf die Herauslösung gerade der besten Böden der existierenden UCP's, was diese wiederum in ihrer Leistungskraft beeinträchtigen musste und dem Agrarsektor, für den Produktionserfolge zugleich politische Erfolge darstellten, insgesamt schadete.⁸⁰ Die Fragmentierung bestehender UCP's machte ab 1976 besonders im Distrikt Beja Fortschritte, wo unter Inanspruchnahme staatlicher Vorzugsbedingungen bis 1978 32 Kooperativen auf 25.600 ha (insgesamt gab es im Distrikt 240 Kooperativen) ihre größere Konkurrenzfähigkeit und Überlegenheit auf Kosten des Kollektivsektors demonstrieren konnten, da die ökonomischen Ungleichgewichte nun ungerecht verteilt waren.⁸¹

Auch die Betonung der Autonomie der neuen Kooperativen bekam fast ausschließlich den Sinn, sich gegenüber den verbleibenden „kommunistischen“ Kollektivgütern abzugrenzen. Politisch waren sie als PS-initiierte Gebilde wohl kaum parteiunabhängiger als die UCP's. Ihre Eingliederung in den 1976 in Beja geschaffenen Verband MUC⁸², aus dem später die 42 Mitglieder zählende COLBA hervorging⁸³, brachte zwar die Autonomie gegenüber den PCP-beeinflussten Strukturen der Arbeiterbewegung, nicht aber Unabhängigkeit von den der Agrarreform widerstrebenden Kräften, die Cardosos Politik nutzten, um die Bewegung zu spalten und zu schwächen:

„Im MUC - später in COLBA umgenannt - sammelten sich offensichtlich auch Kräfte, die der Agrarreform mehr oder weniger distanziert gegenüberstanden. So ist es sicherlich kein Zufall, dass gerade in der Führung von COLBA auch ehemalige Gutsverwalter leitende Funktionen innehaben, denen es auf einigen mit einer größeren Anzahl von ehemaligen ‚permanentes‘ arbeitenden ‚cooperativas‘ gelungen ist, Leitungspositionen beizubehalten und dabei mitzuwirken, die Integration in eine große UCP abzuwehren beziehungsweise rückgängig zu machen.“⁸⁴ Ihnen waren teilweise „gute Kontakte zu den alten Besitzern nachgesagt“⁸⁵

worden.

Die Begründer der sich frei, autonom und demokratisch nennenden Kooperativen nutzten „die Widersprüche, die aus der unterschiedlichen Herkunft der Arbeiter resultierten“⁸⁶, um sich in der Latifundienzone organisatorisch und politisch stärker zu verankern.

Cardoso suchte die Auseinandersetzung mit der PCP nicht innerhalb der von ihr beeinflussten betrieblichen und organisatorischen Strukturen, sondern versuchte den Aufbau paralleler Organisationen. Trotzdem basierten auch sie auf der der Agrarreform zugrundeliegenden Konzeption, da sie ebenfalls die Übertragung der ökonomischen Macht auf Arbeiter und zum Teil auf Bauern voraussetzten.⁸⁷

Dies entsprach Ende 1976 nicht mehr den Intentionen der in der Regierung den Ton angehenden Kräfte.

Spätestens nach den Präsidentschaftswahlen vom 25. Juli 1976, aus denen Ramalho Eanes⁸⁸ - Kandidat der Sozialisten, der PPD, des CDS und des CAP⁸⁹ - als Sieger hervorgegangen war, zeigte sich, dass die Plattform als Kompromiss verschiedener gesellschaftlicher und politischer Kräfte nicht eine wirkliche Konsolidierung des Reformsektors, sondern einen „Prozess der Gegenreform“⁹⁰ eingeleitet hatte. Innerhalb der aus sozialistisch-sozialdemokratisch orientierten Militärs des MFA und der alleinregierenden PS bestehenden politischen „Hegemonialkraft“⁹¹ begannen sich Vertreter einer Politik durchzusetzen, die sich im Widerspruch zu Cardosos „technokratisch-reformerischer Variante“⁹² der Landwirtschaftspolitik befand, innerhalb der PS aber bald mehrheitsfähig war.

Cardoso, für den es nur die Alternativen Kapitalismus oder Sozialismus gab, der bereits Ende 1975 in seiner Partei „einen schweren Kampf für die Fortführung der Agrarreform“⁹³ auszutragen hatte und der die Arbeiter niemals hatte „verraten“ wollen⁹⁴, war im November 1976 isoliert

und musste von seinem Amt zurücktreten.⁹⁵ Sein Rücktritt bedeutete zugleich die Aufkündigung des die Handschrift Cardosos tragenden, in der Parteienplattform gefundenen Konsenses durch die PS und die rechts von ihr stehenden Kräfte.

Nur wenige Monate, nachdem unter Mitwirkung Cardosos das Personal der CRRA's und der IRA⁹⁶ ganz oder teilweise ausgetauscht worden war⁹⁷ und der mit der Agrarreform verbundene Zivilgouverneur von Beja, Brissos de Carvalho, sein Amt aufgegeben hatte⁹⁸, verließ mit Cardoso auch der letzte „agrarreformfreundliche“ Landwirtschaftsminister das MAP.

In einem Interview erläuterte Cardoso die Gründe, die ihn zum Rücktritt bewogen hatten. Mário Soares als Ministerpräsident der I. Konstitutionellen Regierung hatte ihm die Tatsache vorgeworfen, dass es ihm nicht gelungen war, „die Kontrolle der Kommunistischen Partei im Alentejo zu verhindern.“⁹⁹

Cardosos Ansicht nach hatte es jedoch nur zwei Mittel gegeben, die Vorherrschaft der PCP im Alentejo zu verhindern: Entweder folgte man seiner Politik oder aber man schickte die Republikanische Nationalgarde (GNR).¹⁰⁰

Die Übernahme des Landwirtschaftsministeriums durch António Barreto markierte eine Wende in der Agrarreformpolitik. Barreto wollte heran an das „Wesentliche“, das seiner Meinung nach 1976 nur „einmal mehr vertagt“¹⁰¹ worden war.

Seine Politik entwickelte sich nicht nur im Widerspruch zu den Bestrebungen der Landarbeiter und den Ideen fast der gesamten portugiesischen Linken, sondern eröffnete ein neues Konfliktfeld auf politisch-juristischer Ebene, da die Agrarreform seit April 1976 von der neuen portugiesischen Verfassung nicht nur geschützt, sondern verlangt wurde.

Anmerkungen:

- 71 Cardoso, a.a.O., S.101
72 Vgl. Rother, a.a.O., S.226
73 Lopes Cardoso, A nova lei da Reforma Agrária (Lisboa 1974), S.12
74 Vgl. Cardoso, a.a.O., S.61
75 Cardoso, Nova lei..., a.a.O., S.11
76 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.178
77 Vgl. Cardoso, a.a.O., S.164 f.
78 Jüngst / Jülich, a.a.O., S.69
79 Vgl. Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.45; vgl. Rosa, a.a.O., S.87
80 Vgl. Bandarra, / Jazra, a.a.O., S.26
81 Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.99 f.
82 Vgl. Cardoso, a.a.O., S.42; S.63
83 Vgl. Jüngst / Jülich, a.a.O., S.42
84 Ebenda, S.99
85 Ebenda
86 Bandarra / Jazra, a.a.O., S.35
87 Vgl. ebenda, S.26
88 Eanes galt als „taktischer Kopf“ des 25.November 1975. Nachrichtenagentur

- ANOP, zit. nach Eisfeld, a.a.O., S.155
89 Vgl. Almada, a.a.O., S.356.- Parlamentswahlen hatten bereits am 25. April 1976 stattgefunden. Die PS konnte 35,08%, die PPD 24,02%, das CDS 15,85% und die PCP 14,51% der Stimmen auf sich vereinigen. Die Regierung Azevedo blieb aber bis zu den Präsidentschaftswahlen im Amt. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (27.4.1976). – In der ZIRA wurde die PCP mit 37,9% stärkste Kraft, ihr folgte die PS mit 35%. Vgl. Barreto, a.a.O., S.176
90 Arbeitsgruppe (Hg.)..., a.a.O., S.123
91 Borowczak, a.a.O., S.97
92 Ebenda
93 Rother, a.a.O., S.223
94 Vgl. Almada, a.a.O., S.298.- Cardoso hatte auf dem II. PS-Parteitag Ende Oktober 1976 „für seine Agrarreformpolitik ... keine ausdrückliche Unterstützung“ gefunden. Rother, a.a.O., S.172

- 95 Vgl. Barreto, a.a.O., S.264
96 Das IRA (Institut für Agrarordnung) existierte seit Oktober 1974 und nahm Aufgaben wahr, die ihm das Landwirtschaftsministerium übertrug. Vgl. Borowczak, a.a.O., S.88
97 Vgl. Barreto, a.a.O., S.149; vgl. Almada, a.a.O., S.293
98 Carvalho hielt den Landarbeiterkampf für absolut korrekt und bestritt „wilde“ Besetzungen. Vgl. Almada, a.a.O., S.292
99 Cardoso, a.a.O., S.100
100 Vgl. ebenda. – Die GNR umfasste 1974 10.000 Mann. Während des Faschismus bildeten diese Polizeikräfte nach Pereira in manchen Orten „ein grundlegendes Element der sozialen Landschaft.“ Pereira, a.a.O., S.145
101 Barreto, a.a.O., S.176

4.4 Die Agrarreform und die portugiesische Verfassung

Die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten in der Konstituante¹⁰² hatte bereits im November 1975 die Verabschiedung entsprechender Artikel ermöglicht, die zu Bestandteilen jener Verfassung wurden, die am 2. April 1976 von der Verfassungsgebenden Versammlung gegen die 17 Stimmen des CDS angenommen wurde.¹⁰³

Ihr erster Artikel definierte Portugal als Republik im Übergang in eine Gesellschaft ohne Klassen. Artikel 2 verpflichtete zur „Schaffung von Bedingungen für die demokratische Machtausübung für die arbeitenden Klassen.“¹⁰⁴

Innerhalb dieses Projekts einer nichtkapitalistischen Gesellschaft war die Agrarreform „sector essencial“¹⁰⁵; Artikel 96 bezeichnete sie als eines der grundlegenden Instrumente des Aufbaus des Sozialismus. Die Veränderung der Bodeneigentumsstrukturen und die fortschreitende Veränderung des Nutzungsrechts am Boden und an Produktionsmitteln zugunsten derjenigen, die den Boden bearbeiten, markierte den ersten Schritt bei der Schaffung neuer Produktionsverhältnisse in einer Landwirtschaft, die die Erhöhung

der Produktion und Produktivität und die Angleichung der im Agrarsektor herrschenden sozialen Bedingungen an die übrigen Sektoren ermöglichen sollte.¹⁰⁶

Die Verfassung ging von der Existenz von drei Eigentumsformen in der Landwirtschaft aus (agrarkapitalistische Betriebe, Kleinbauernwirtschaften und Kleinbauern- und Landarbeiterkooperativen oder andere kollektive Bewirtschaftungsformen); Artikel 102 privilegierte aber die kleinen und mittleren Bauern sowie die Kooperativen und Kollektivgüter, indem er für sie das Recht auf staatliche Hilfe proklamierte.¹⁰⁷

Der grundgesetzlichen Verankerung der Agrarreform, der Nationalisierungen und des Sozialismus-Gebots als ideologischem Kern verdankte die Verfassung, dass sie in erster Linie von der PCP und den linken Sozialisten verteidigt wurde, während die weiter rechts stehenden Kräfte in Theorie und Praxis von ihr abzurücken begannen, obwohl sie sie selbst mit ausgearbeitet und verabschiedet hatten.

Ihre Politik geriet immer stärker in Konflikt mit der Verfassung, die in der Konsequenz schließlich 1982 geändert wurde, aber sie konfigurierte wenigstens bei den Sozialisten auch mit ihren eigenen programmatischen Positionen.



Anmerkungen:

- 103 Vgl. Barreto, a.a.O., S.265
104 Verfassung von 1976, Art. 1, zit. nach: Nunes, a.a.O., S.24 f.

- 105 António Murteira, A Reforma Agrária e a CEE, in: Agricultura. Portugal e o Mercado Comum. Conferência do PCP. Porto, 31 de

- Maio de 1980 (Lisboa 1980), S.90 ff. (S.92)
106 Vgl. Comissão (Hg.)..., a.a.O., S.38
107 Vgl. Nunes, a.a.O., S.26



Unterstütze die UHUDLA Genossenschaft

Alle Artikel und das gesamte Angebot auf www.uhudla.at sind gratis!
Du kannst unsere Arbeit solidarisch mit einer **Spende** oder
mit dem Kauf von **UHUDLA Anteilsscheinen** honorieren.

GenossenschaftlerInnen erhalten von der UHUDLA Netzwerk Genossenschaft entsprechend ihrem Anteil
eine Kunstwerk-Poster PDF-Datei von Redaktionsmitarbeiter Ingo Gärtner als Geschenk - Bild oben.

Hinter jedem Klick, den Du auf einen Artikel der UHUDLA Website machst, steckt journalistischer und technischer Aufwand. Wir von der UNG agieren nicht mit Bezahlschranken. Wenn Dir der UHUDLA-Journalismus im Netz wichtig ist, und Du öfter und gerne unsere Arbeit verfolgen und konsumieren willst, dann würden wir uns über eine finanzielle Unterstützung freuen.

Eine **Spende**, ein **Abo** um 30 Euro im Jahr oder fördernde Finanzhilfe in Form des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen, machen Dich zum Mitglied der UHUDLA Fan-Gemeinde.

Genossenschaftsanteile:

50 Euro ein Anteil an der UNG

135 Euro haben einen Wert von 3 Anteilen

200 Euro Solidaritätsbeitrag ergeben 5 Förderanteile

Konto: VOLKSBANK Wien

Kontoinhaber: UHUDLA edition

IBAN: AT32 4300 0423 4299 9002

BIC/SWIFT-Code: VBOEATWW

Wichtig! bei e-banking AnteilszeichnerInnen und SpenderInnen: die eigene e-mail Adresse unter „Verwendungszweck“ eintragen (statt @Zeichen ein größeres A oder Leerzeichen) oder eine e-mail an: uhudla.edition@gmail.com

Interessenten aller Art: Politische Parteien, GewerkschaftsFraktionen, Jugendorganisationen und soziale Initiativen & Institutionen können ab 200 Euro befristete Bannerwerbung nach individueller Vereinbarung auf der UHUDLA Startseite platzieren.

DANKE für Deine Aufmerksamkeit. Hilfe und Solidarität ermöglichen unabhängige journalistische Arbeit.

Internetz @-Ausgabe Danke für Spenden an UHUDLA EDITION AT32 4300 0423 4299 9002

UHUDLA

Die älteste linke deutschsprachige Internet-Straßen-Zeitung

© 2023 UHUDLA 117 @-4 PDF-Version Jahrgang 32 uhudla.redaktion@gmail.com www.uhudla.at



Meister Eckhart und seine

Deutschsprachige Freunde für Frieden und soziale Gerechtigkeit

Linkes Engagement gesucht

UHUDLA goes Lagos ■ Die Gruppe "Linke Deutschsprachige Freunde Lagos" LDFL sind politisch interessierte Menschen. Sie treffen sich zweimal monatlich mit Gleichgesinnten im Mühlen-Café im Zentrum der Stadt. Der Ort des Geschehens ist die Kleinstadt Lagos an der Atlantikküste / Algarve, im Südwesten von Portugal.

Bei diesen Stammtisch- oder Tafelrunde-Gesprächen wollen die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer in lockerer Atmosphäre über aktuelle Geschehnisse in der Welt, in Europa und Portugal diskutieren und sich mit den in der Município von Lagos lebenden oder verweilenden deutschsprachigen Personen austauschen.

Die LDFL möchten sich an eine dezidiert linke Personengruppe wenden. Die Linken Deutschsprachigen Freunde Lagos eint, dass die Gründungsmitglieder als politisch Linke einst in der Gewerkschaft, in der Friedensbewegung oder auch in Parteien und Medien engagiert waren und noch immer sind. Auch hier in unserem jetzigen portugiesischen Lebensmittelpunkt wollen wir in diesem Sinne etwas für die Gesellschaft tun und bewirken.

Im Moment bewegt uns alle besonders der Krieg in der Ukraine, der sich auf das Leben in Europa und weltweit fatal auswirkt. Die deutschsprachigen Linken brauchen und fördern daher den Gedankenaustausch mit allen, die nicht der Denkfaulheit erlegen sind und die begreifen, dass es die Menschheit durch eine Eskalation von Worten und Taten in die Katastrophe treibt.

Die LDFL folgt weder deutschen noch portugiesischen und anderen Medien,

die Propaganda und Kriegshetze verbreiten. In diesem Konflikt um die Ukraine sind beide Seiten der Kriegsbeteiligten Schuld. Allerdings spielt die Gewichtung der Schuldfrage eine außergewöhnliche Rolle. Wer nicht überwiegend die Schuld an diesem bereits 2014 begonnenen Krieg auf Seiten der westlichen Kriegsalianz (Ukraine, USA, NATO, EU) sieht, ist bei der Gruppe fehl am Platz.

Frieden schaffen ohne Waffen! Keine Waffenlieferungen an die Ukraine!

Der LDFL-Freundeskreis gehört also nicht zu den von Amnesie Geplagten, die sich weder an den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien erinnern können, noch an das seit 1997 Vorrücken des westlichen Militärbündnisses an die Grenzen Russlands – allen Warnungen zum Trotz.

Die Gruppe will Frieden, Verständigung mit Russland und eine NATO, die aus Europa verschwindet, damit Kriege keine Chance haben. Die LDFL orientiert sich an der Frage „Cui bono“ – „Wem nützt es?“

Die AktivistInnen wollen sich gemeinsam in das gesellschaftliche kulturelle Leben in Lagos integrieren. Die Sprache besser zu erlernen, zählt zu den Zielen unserer Aktivitäten.

Die LDFL-AktivistInnen wollen sich solidarisch zeigen. In Wort und Tat mit all jenen Portugiesinnen und Portugiesen, die für ein fortschrittliches öffentliches Gesundheitswesen und für die Erhöhung des Mindestlohns streiten. Das sind nur zwei Beispiele der portugiesischen Verhältnisse, die für das Volk relevant sind. Weitere Betätigungsfelder könnten an dieser Stelle angefügt werden.

Der Besuch von kulturellen Veranstaltungen steht auf dem LDFL-Programm, genauso wie das Organisieren von Film-, Musik-, Literatur- oder anderen Kunst- und Kultur Erlebnissen. Natürlich sollen bei diesen Treffen neben dem gesellschaftlichen Engagement für soziale Gerechtigkeit in unserem Gastland Portugal die Freude und der Spaß, das Essen und das Trinken nicht zu kurz kommen.

Die Linken wollen deutschsprachigen Einwanderern in Lagos und Umgebung helfen, sich praktisch zu orientieren. Die LDFL-Gruppenangehörigen unterstützen gleichgesinnte Menschen mit Rat und Tat bei der Lösung von anfallenden Anliegen und Problemen des Alltags. Interessierte sind herzlich zu den Gesprächsrunden eingeladen.

Um wirksam zu sein brauchen die LDFL erst einmal eine Öffentlichkeit. Zum Glück gibt es Zuckerberg & Co als günstige „Werbemaschinerie“. Auf Facebook wurde die Gruppe „Linke Deutschsprachige Freunde Lagos“ LDFL eingerichtet. Dieses Forum wird eine Info- und Diskussionsplattform mit Terminankündigungen bilden und alles, was sich so tut, in der Gruppe text- und bildmäßig bekunden.

Die FB-Seite wird redaktionell be-



Linke Deutschsprachige
Freunde Lagos

DANKE für gefällt mir oder like



treut und verwaltet. Als Vorwarnung: Hetze, Diffamierungen und Beiträge, die mit den LDFL-Richtlinien nix zu tun haben oder von Fake-Accounts stammen, werden gelöscht. Linkes Gedankengut, Beiträge zur sozialen Gerechtigkeit sowie allgemeine Weltverbesserung – für Frieden und Abrüstung – stehen im Vordergrund.

"Linke Deutschsprachige Freunde Lagos" setzen Aktivitäten im Internet

Eine Kooperation mit der Website des UHUDLA wurde in die Wege geleitet. Die älteste und rebellischste Straßenzeitung Österreichs bietet der Gruppe LDFL fürs Erste arbeitsmäßig, persönlich, technisch und finanziell ihre Ressourcen zum Null-Tarif an. Nach 32 Jahren wird die älteste Straßenzeitung im deutschsprachigen Raum wieder ein-

mal in neue Wege einbiegen und diese erkunden. Umgewandelt wird der Untertitel: Die älteste linke deutschsprachige Internet-Straßen-Zeitung. Der virtuelle mediale Auftritt bei www.uhudla.at wird klar erkenntlich mit dem Logo der LDFL und mit mehreren Menü-Abteilungen der Linken Deutschsprachigen Freunde in Lagos erweitert.

Bis dato gibt es fünf Kategorien

„Politik & Gesellschaft“,
„Forum & Diskussion“,
„Kultur & Freizeit“,
„Termine & Tipps“ sowie
„Rat & Tat“.

Eine Rubrik zum **Download von PDF Dateien** über die Aktivitäten der Gruppe wird folgen. Bei einer möglichen erfolgreichen Entwicklung der LDFL-Gruppe in Lagos ist ein eigenständiger Internetauftritt geplant.

Aber – das ist eine andere Geschichte.

Diskurs für Frieden und Abrüstung

Das Café Zentral der "Linken Deutschsprachigen Freunde Lagos" LDFL ist im Zentrum der Stadt. Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat gibt es ab 15 Uhr in der Mühle / Moinho einen Stammtisch für eine bessere Welt.



LDFL-Doku: Auseinandersetzung um die Agrarreform

50 Jahre 25. April 1974

50 Jahre portugiesische AprilRevolution 2024: "Linke Deutschsprachige Freunde Lagos" LDFL startet mit der gegründeten Zeitschrift **Voz★esquerda** "Linke Stimme" eine Publikation zu diesem historischen Ereignis.

„Die Auseinandersetzungen um die portugiesische Agrarreform 1976 bis 1985“, lautet der Titel der Ausgabe Nummer 1.

Martin Leo, der Autor dieser umfangreichen Arbeit über die Agrarreform in Portugal, ist ein aktives Mitglied der LDFL.

Der Verfasser hat dabei bereits den 50. Jahrestag 1974-2024 der portugiesischen Aprilrevolution im Auge.

Das Agrarreformprojekt war ein Eckpfeiler des revolutionären Entwurfs für die portugiesische Nation im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts. Es bietet auch heute interessanten Stoff, der hilft, die portugiesische Gegenwart zu verstehen. Die schon 1988 als politikwissenschaftliche Diplomarbeit verfasst Übersicht ist nicht aktualisiert worden.

Sie ist daher selbst bereits „historisch“. Gleichzeitig ist sie im deutschsprachigen Raum auch aktuell, noch immer die einzige, umfassende wissenschaftliche Übersicht über Entstehen und Vergehen dieser „Errungenschaft der Revolution des April“.



Internet-Abo für Computer, Laptop & Mobiltelefon

Für **30 Euro** oder einer **Spende** erhältst Du nach der Fertigstellung die elektronische UHUDLA-Ausgabe, der ältesten Straßenzeitung per e-mail als PDF.

VOLKSBANK, UHUDLA edition, IBAN: AT32 4300 0423 4299 9002; BIC/SWIFT-Code: VBOEATWW

Direkteinzahlung & e-banking: Deine e-mail-Adresse unter „Verwendungszweck“! Bestellen: uhudla.edition@gmail.com

www.uhudla.at (Kontakt & Spenden)



Das Buch zum Jubiläum – 50 Jahre Nelkenrevolution



MARTIN LEO

Auseinandersetzung um die portugiesische Agrarreform

1976 bis 1985

UHUDLA
DIGITALEDITION